

Döhrn, Roland et al.

**Article**

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung setzt sich fort

RWI Konjunkturberichte

**Provided in Cooperation with:**

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

*Suggested Citation:* Döhrn, Roland et al. (2013) : Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung setzt sich fort, RWI Konjunkturberichte, ISSN 1861-6305, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, Vol. 64, Iss. 1, pp. 41-99

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/91636>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Roland Döhrn, György Barabas, Heinz Gebhardt, Tobias Kitlinski, Martin Micheli,  
Simeon Vosen und Lina Zwick

### Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung setzt sich fort<sup>1</sup>

#### Kurzfassung

*Die deutsche Konjunktur hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres spürbar abgeschwächt. Im vierten Quartal ist das BIP sogar deutlich gesunken. Über das gesamte Jahr rückläufig waren die Investitionen, die unter der wachsenden Verunsicherung der Unternehmen litten. Der private Konsum entwickelte sich dagegen relativ robust. Dass der Außenbeitrag in den ersten drei Quartalen positiv zur Expansion des BIP beitrug, lag nicht an einer günstigen Exportentwicklung, sondern an rückläufigen Einfuhren.*

*Die aktuellen Konjunkturindikatoren zeigen ein gemischtes Bild. Einerseits haben sich Stimmung und Erwartungen der Unternehmen in den vergangenen Monaten deutlich verbessert. Auch der Arbeitsmarkt sendet positive Signale. Andererseits stagniert die Industrieproduktion, und die Auftrageingänge waren im Januar wieder deutlich rückläufig. Für das laufende Quartal erwarten wir einen Anstieg des BIP um 0,2% gegenüber dem Vorquartal. Da die Produktion im ersten Quartal durch die überdurchschnittlich kalte Witterung gedämpft wurde, rechnen wir für das zweite Quartal aufgrund von Nachholeffekten mit einem stärkeren Anstieg des BIP.*

*Im weiteren Verlauf des Jahres wird sich der Aufschwung voraussichtlich fortsetzen. Die sich abzeichnende vergleichsweise günstige Entwicklung der verfügbaren Einkommen lässt erwarten, dass die Konsumausgaben und die Wohnungsbauinvestitionen weiter zunehmen. Die Unternehmen dürften ihre Zurückhaltung im Lauf des Jahres aufgeben und ihre Investitionen wieder steigern. Wenig Schubkraft ist von der Außenwirtschaft zu erwarten. Im Zuge der weltwirtschaftlichen Belebung dürfte sich zwar der Exportanstieg beschleunigen, mit der lebhafteren Inlandsnachfrage werden aber die Einfuhren wohl nahezu parallel ausgeweitet. Alles in allem erwarten wir für das laufende Jahr einen Anstieg des BIP um 0,6%*

*Für 2014 deutet sich eine kräftigere Belebung der Konjunktur an. Mit der weiteren Erholung der Weltwirtschaft dürften die Exporte rascher steigen. Dies wird sich positiv*

---

<sup>1</sup> Abgeschlossen am 19.3.2013. Wir danken Alexandra Urbanietz für die Mitarbeit. Kritische Hinweise zu früheren Fassungen des Berichts gaben Wim Kösters, Torsten Schmidt und Joachim Schmidt. Für die technische Unterstützung danken wir Waltraud Lutze.

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

---

*auf die Investitionen auswirken, da in zunehmendem Maße Erweiterungen notwendig werden. Zudem werden die Finanzierungsbedingungen voraussichtlich günstig bleiben. Mit weiterhin steigender Beschäftigung und rückläufiger Arbeitslosigkeit ist auch eine Fortsetzung des im Vergleich zu früheren Jahren lebhaften Anstiegs der verfügbaren Einkommen zu erwarten. Für das BIP dürfte aus alledem ein Anstieg um 2,1% resultieren.*

*Der Preisauftrieb wird voraussichtlich moderat bleiben. Dämpfend wirkt vorerst, dass sich Rohöl in Euro gegenüber dem Vorjahr verbilligt hat. Auch der binnenwirtschaftlich begründete Preisauftrieb bleibt zunächst moderat, weil steigende Arbeitskosten durch Produktivitätssteigerung ausgeglichen werden. Im Verlauf von 2014 dürfte sich die Inflation beschleunigen, weil zum einen mit zunehmender Kapazitätsauslastung steigende Arbeitskosten stärker überwältigt werden, zum anderen der inzwischen deutliche Anstieg der Immobilienpreise vermehrt auf die Mieten durchschlagen dürfte. Im Jahresdurchschnitt steigen die Verbraucherpreise voraussichtlich um 1,6% in diesem und 2,0% im kommenden Jahr.*

*Bei anziehender Produktion ist eine zunehmende Arbeitsnachfrage zu erwarten. Sie schlägt sich voraussichtlich insbesondere in einem Anstieg der Erwerbstätigkeit um 0,4% in diesem und 0,6% im kommenden Jahr nieder. Da für den Prognosezeitraum eine weiterhin kräftige Zuwanderung zu erwarten ist, dürfte das Erwerbspersonenpotenzial trotz einer demographisch bedingt rückläufigen heimischen Erwerbsbevölkerung zunehmen. Daher wird die Arbeitslosigkeit voraussichtlich weniger stark abgebaut als die Erwerbstätigkeit steigt. Die Arbeitslosenquote dürfte in diesem Jahr unverändert bei 6,8% liegen und in 2014 auf 6,4% sinken.*

*Die Lage der öffentlichen Haushalte wird sich, nachdem 2012 ein Überschuss erzielt wurde, im laufenden Jahr leicht verschlechtern. Zum einen wurde der Konsolidierungskurs gelockert, zum anderen führt die schwächere Konjunktur zu geringeren Einnahmen insbesondere bei den gewinnabhängigen Steuern. Voraussichtlich wird der Staat 2013 ein Budgetdefizit von 6 Mrd. € bzw. 0,2% des BIP aufweisen. Im nächsten Jahr ist infolge der konjunkturellen Erholung mit einem Überschuss von 10 Mrd. € (0,4% des BIP) zu rechnen, vorausgesetzt die neue Bundesregierung schwenkt zurück auf den Konsolidierungskurs. Dies scheint auch erforderlich, da die Lage der öffentlichen Haushalte derzeit besser aussieht als sie in Wirklichkeit ist. So profitiert der deutsche Staat derzeit von den außerordentlich niedrigen Zinsen, die er seinen Gläubigern zahlen muss. Zudem hat er Mehreinnahmen aus heimlichen Steuererhöhungen. Darüber hinaus ist Deutschland im Rahmen der Bankenrettung und der Hilfen für Staaten des Euro-Raums große Risiken eingegangen, die bisher vor allem im Schuldenstand, aber nur zu einem kleinen Teil im Defizit erscheinen. Des Weiteren reduziert der Bund derzeit sein Defizit zu Lasten der Sozialversicherungen.*

## RWI Konjunkturbericht 64 (1)

*Im Euro-Raum ist es insbesondere der EZB durch die Ankündigung der Outright Monetary Transactions gelungen, die Lage an den Finanzmärkten zu beruhigen. Da allerdings eine nachhaltige Lösung für die Staatsfinanzen nach wie vor aussteht und die EU von Fall zu Fall entscheidet, bleiben die Risiken für die Konjunktur beträchtlich.*

**Tabelle 1**  
**Eckwerte der Prognose**  
2012 bis 2014

	2012	2013 <sup>P</sup>	2014 <sup>P</sup>
Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup> , Veränderung in %	0,7	0,6	2,1
Erwerbstätige <sup>2</sup> , in 1000	41 613	41 795	42 040
Arbeitslose <sup>3</sup> , in 1000	2 897	2 890	2 735
Arbeitslosenquote <sup>3,4</sup> , in %	6,8	6,8	6,4
Verbraucherpreise, Veränderung in %	2,0	1,6	2,0
Lohnstückkosten <sup>5</sup> , Veränderung in %	2,9	2,1	1,2
Finanzierungssaldo des Staates <sup>6</sup>			
in Mrd. €	4,2	-6	10
in % des nominalen BIP	0,2	-0,2	0,4
Leistungsbilanzsaldo <sup>7</sup> , in Mrd. €	185,4	191	205

*Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - <sup>1</sup>Preisbereinigt. - <sup>2</sup>Im Inland. - <sup>3</sup>Nationale Abgrenzung. - <sup>4</sup>Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - <sup>5</sup>Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - <sup>6</sup>In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - <sup>7</sup>In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - <sup>P</sup>Eigene Prognose.*

### Summary

*The German economy has slowed down noticeably in the course of 2012 and GDP growth turned negative in Q4. Private investment has declined throughout the year, as businesses cut spending in response to the growing uncertainty. Consumption, however, remained robust. Net exports also contributed positively to GDP growth, which was, however, due to declining imports rather than strong exports.*

*Recent economic indicators display a mixed picture. Business sentiment and expectations have substantially improved in recent months and positive signals also arise from the labor market. On the other hand, industrial production has been merely stagnating and incoming orders even declined in January. We therefore predict GDP to grow only by 0.2% in Q1. We expect stronger growth in Q2, due to catch-up effects, as production growth in Q1 has likely been dampened by extraordinary cold weather.*

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

### Key Forecast Data

2012 to 2014

	2012	2013 <sup>f</sup>	2014 <sup>f</sup>
Gross Domestic Product <sup>1</sup> , change in%	0.7	0.6	2.1
Employed persons <sup>2</sup> , in 1000	41,613	41,795	42,040
Unemployed <sup>3</sup> , in 1000	2,897	2,890	2,735
Unemployment rate <sup>3,4</sup> , in %	6.8	6.8	6.4
Consumer prices, change in %	2.0	1.6	2.0
Labor unit costs <sup>5</sup> , change in %	2.9	2.1	1.2
Fiscal balance <sup>6</sup>			
In € bn.	4.2	-6	10
in % of nominal GDP	0.2	-0.2	0.4
Current account balance <sup>7</sup> , in € bn.	185.4	191	205

*RWI calculations based on data provided by the German Statistical Office, Deutsche Bundesbank, and the Federal Labor Office. - <sup>1</sup>In real terms. - <sup>2</sup>Domestic. - <sup>3</sup>National definition. - <sup>4</sup>in % of civilian labor force. - <sup>5</sup>Compensation per employee divided by real GDP per employed person. - <sup>6</sup>National Accounts definition. - <sup>7</sup>Balance of payment definition. - <sup>f</sup>forecast.*

*The upswing is expected to continue in the course of the year. Strong income growth should boost both consumption and investment in the housing sector. As uncertainty eases, businesses are expected to increase spending as well. Net-exports are unlikely to be a major contributor, as import growth driven by strong domestic demand should offset exports accelerating as the world economy recovers. In summary, we expect GDP in 2013 to grow by 0.6%.*

*Next year, economic conditions should improve further. Financing conditions are likely to remain favorable. Exports, boosted by a stronger world economy, will stimulate investment and as employment increases, income growth and consumer spending will remain strong as well. All this should result in GDP expanding by 2.1% in 2014.*

*Inflation will likely remain modest. The oil price in Euro is below last year's value and rising labor costs are compensated by increases in productivity. In the course of 2014 inflation should increase somewhat, due to higher capacity utilization and higher rents as real estate prices rise. Inflation rates will average 1.6% this year and 2.0% in 2014.*

*Production growth will lead to higher labor demand. Employment is therefore expected to increase by 0.4% this year and by 0.6% in 2014. As a result, unemployment will decline, though not as rapidly, since rising immigration will increase labor supply,*

offsetting negative effects resulting from the shrinking domestic population. The unemployment rate is forecasted to remain at 6.8% this year and to drop to 6.4% in 2014.

After having achieved a surplus in 2012, the public budget will slightly deteriorate this year, because fiscal stance has been loosened and the weaker economy will have a dampening effect on revenues. We expect a deficit of € 6 bn. or 0.2% of GDP this year, but as the economy improves in 2014, a budget surplus of € 10 bn. or 0.4% of GDP should be reached again, unless fiscal policy is further loosened.

### 1. Überblick

#### 1.1. Wirtschaftsleistung nur vorübergehend gesunken

Die deutsche Konjunktur hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres spürbar abgeschwächt und im vierten Quartal kam es sogar zu einem deutlichen Rückgang des BIP. Belastet haben dürften die weiterhin ungelösten Probleme des Euro-Raums, da sich insbesondere die Unternehmen mit ihrer Investitionsnachfrage zurückgehalten haben. Der private Konsum entwickelte sich dagegen relativ robust. Dass der Außenbeitrag in den ersten drei Quartalen positiv zur Expansion des BIP beitrug, lag nicht etwa an einer besonders günstigen Exportentwicklung, sondern an deutlich rückläufigen Einfuhren. Darin dürfte sich der recht kräftige Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen niederschlagen, die eine hohe Importquote aufweisen. Erst im vierten Quartal gingen die Exporte deutlich zurück und führten zu einem Rückgang des BIP bei wieder steigender inländischer Verwendung. Dies kam angesichts des wenig prosperierenden internationalen Umfeldes nicht überraschend, war allerdings vom RWI wie von den meisten Prognostikern schon für einen früheren Zeitpunkt im Jahr erwartet worden (Kasten 1).

Die im Jahresverlauf 2012 sehr unterschiedlichen Wirkungen des internationalen Umfeldes auf die deutsche Wirtschaft erschweren die Einschätzung der derzeitigen Konjunkturlage. Deutlich wird dies auch daran, dass sich das auf der kanonischen Diskriminanzanalyse basierende Klassifikationsverfahren des RWI schwer tut, die jüngsten Quartale Zyklusphasen zuzuordnen. Warum dies so ist, wird deutlich, wenn man die Mittelwerte der klassifizierenden Variablen in den vergangenen Konjunkturphasen den im Jahr 2012 beobachteten Werten gegenüberstellt (Tabelle 2). Die in der Tabelle aufgeführten acht Variablen waren bis einschließlich 2011 in der Lage, über 93% der Quartale im Zeitraum 1971 bis 2011 der richtigen Zyklusphase zuzuordnen.

Deutlicher  
Rückgang des  
BIP im vierten  
Quartal 2012

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

### Kasten 1

#### Die Prognose vom Frühjahr 2012 im Rückblick

Im Vergleich zu den im Februar 2013 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Daten weist die RWI-Prognose vom Frühjahr 2012, gemessen an den Jahresdurchschnitten, geringe Fehler auf. Beim BIP, den privaten und öffentlichen Konsumausgaben sowie bei den Ein- und den Ausfuhren liegen die Prognosefehler unter den langfristigen Durchschnitten. Sie sind hier sogar – mit Ausnahme der Exporte – kleiner als die Veränderungen der Zuwachsraten dieser Größen, die sich im Durchschnitt der vergangenen Jahre im Rahmen der Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ergeben haben. Beträchtlich überschätzt wurde die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen. Diese gingen im vergangenen Jahr deutlich zurück, während wir eine Zunahme um 2% erwartet hatten. Geringer war unsere Überschätzung der Bauinvestitionen.

#### Prognose und Istwerte des BIP und seiner Komponenten 2012

	Prog- nose März 2012	Ist <sup>1</sup>	Absoluter Progno- sefehler		Nach- richtlich Durch- schnittli- che Revi- sion <sup>3</sup>
			Bericht März 2012	Durch- schnitt 1991- 2011 <sup>2</sup>	
Privater Konsum	0,9	0,3	0,6	0,9	0,42
Staatskonsum	1,4	1,4	0,0	0,6	0,71
Anlageinvestitionen	1,9	-2,5	4,4	2,6	0,86
Ausrüstungen	2,0	-4,8	6,8	4,0	1,31
Bauten	1,4	-1,5	2,9	2,7	1,37
Vorratsveränderung <sup>4</sup>	-0,0	-0,5	0,5	0,4 <sup>a</sup>	0,58
Außenbeitrag <sup>4</sup>	-0,1	1,0	1,1	0,7	0,19
Exporte	2,4	3,7	1,3	2,7	1,16
Importe	3,0	1,8	1,2	2,6	1,58
Bruttoinlandsprodukt	1,0	0,7	0,3	0,8	0,45

Eigene Berechnungen. – <sup>1</sup>Datenstand Februar 2012. – <sup>2</sup>RWI-Konjunkturberichte vom März. – <sup>3</sup>Der ersten Veröffentlichung der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1993-2008. – <sup>4</sup>Wachstumsbeitrag. – <sup>a</sup>1996-2011.

Trotz der relativ treffsicheren Export- und Importprognose ist der Fehler bei der Vorhersage des Wachstumsbeitrags des Außenbeitrags vergleichsweise hoch, da Exporte unter- und Importe überschätzt wurden. Die Überschätzung der Einfuhren resultiert im Wesentlichen aus der zu optimistischen Prognose der Investitionen. Bemerkenswert ist die Unterschätzung der Exporte. Unserer Prognose vom März 2012 lag eine Zunahme des Welthandels im Jahr 2012 um 3,7% gegenüber dem Vorjahr zugrunde; tatsächlich dürfte dieser um nur 1,5% gestiegen sein, was für sich genommen für schwächere deutsche Exporte spräche. Allem Anschein nach konnten deutsche Unternehmen stärker als von uns erwartet Weltmarktanteile gewinnen. Dazu trug wohl bei,

# 1. Überblick

*dass der Euro real wie nominal bis zur Jahresmitte abwertete, während unsere Prognose auf der Annahme konstanter Wechselkurse basierte.*

*Die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des BIP wurde vor einem Jahr also gut prognostiziert. Dies gilt aber nicht für dessen Entwicklung im Verlauf des Jahres. Damals war eine schwache Expansion zu Jahresbeginn und eine anschließende Beschleunigung erwartet worden. Eingetreten ist das Gegenteil: Die Expansion war im ersten Quartal unerwartet stark und wurde im Laufe des Jahres schwächer bis hin zu einem kräftigen Rückgang im vierten Quartal. Eine Ursache der Fehleinschätzung war, dass wir vor einem Jahr eine allmähliche Wende zum Besseren im Euro-Raum erwartet hatten. Zudem konnte man nicht vorhersehen, wie stark die Diskussion über das fiscal cliff die Wirtschaft in den USA zum Jahresende 2012 belasten würde.*

Die Phasenmittelwerte dieser Variablen charakterisieren die früheren deutschen Konjunkturzyklen dahingehend, dass sie stark von Schwankungen der Ausrüstungsinvestitionen geprägt waren, aber auch häufig Reflex einer Verschlechterung des Außenbeitrags waren. Häufig kam es im Abschwung zu einem beschleunigten Anstieg des Preisindex des BIP und der Lohnstückkosten. Daher kam es auch zu Bremsmanövern der Zentralbank; auch der Kurzfristzins war im Abschwung am höchsten.

Der gegenwärtige Zyklus weist gemessen daran eine Reihe von Besonderheiten auf. Bruttoinlandsprodukt und Ausrüstungsinvestitionen wiesen im Durchschnitt der vier jüngsten Quartale zwar Werte auf, die früher in Abschwungphasen beobachtet wurden. Auch ist eine Beschleunigung des Anstiegs der Lohnstückkosten zu erkennen. Untypisch ist aber, dass die Beschäftigung nach wie vor in einem Maße expandiert, wie es früher eher im Aufschwung beobachtet wurde. Zudem ist die Inflation gemessen am BIP-Deflator immer noch niedrig. Allem Anschein nach sind aufgrund des starken Produktionseinbruchs im Winterhalbjahr 2008/2009 und der nach wie vor erheblich unterausgelasteten Kapazitäten im Euro-Raum bisher keine preistreibenden Verspannungen aufgetreten. Völlig aus dem Rahmen fallen die Zinsen: aufgrund der äußerst expansiven Geldpolitik der EZB und der Funktion Deutschlands als „sicherer Hafen“ liegen sie weit unter den Mittelwerten aller vergangenen Zyklusphasen. Auch der hohe Außenbeitrag passt nicht in das Bild.

Diese Besonderheiten des jüngsten Zyklus erschweren es, die Ausgangslage für die Prognose zutreffend einzuschätzen. Die in der Vergangenheit beobachteten zyklischen Muster bei BIP und Ausrüstungsinvestitionen könnten nahelegen, dass ein unterer Wendepunkt erst noch bevorsteht. Das Fehlen preistreibender Verspannungen, die anhaltende Ausweitung der Beschäftigung und erst recht die ungewöhnlich niedrigen Zinsen sprechen aber dafür, dass das schwache vierte Quartal

Gegenwärtiger  
Konjunkturzyklus  
weicht deutlich  
von früheren ab



## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Tabelle 2**

**Klassifizierende Variablen des RWI-Verfahrens zur Zyklensklassifikation Phasenmittelwerte 1971 bis 2011 und Durchschnittswerte 2012**

	Aufschwung	Durchschnitt 1971 bis 2011 Oberer Wendepunkt	Ab- schwung	Unterer Wendepunkt	Durchschnitt der Quartale 2012
Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup>	2,7	3,9	1,0	-0,6	0,7
Ausrüstungsinvestitionen <sup>1</sup>	6,6	7,1	-5,8	-6,0	-4,5
Außenbeitrag <sup>2</sup>	3,5	3,6	0,9	3,3	7,5
Preisindex des BIP <sup>3</sup>	1,8	2,4	4,6	3,7	1,3
Abhängig Beschäftigte <sup>3</sup>	0,7	2,0	-0,2	-0,9	1,2
Lohnstückkosten <sup>3</sup>	0,8	2,2	5,5	4,3	2,9
Kurzfristiger Zins <sup>4</sup>	3,9	6,5	9,5	4,9	0,6
Langfristiger Realzins <sup>5</sup>	3,7	3,6	3,8	3,2	0,0

*Eigene Berechnungen. – <sup>1</sup>In konstanten Preisen, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. – <sup>2</sup>In Prozent des BIP. – <sup>3</sup>Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. – <sup>4</sup>Dreimonats Euribor, vor 1999 Fibor. – <sup>5</sup>Umlaufrendite von Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren abzüglich Veränderung des BIP-Deflators.*

keineswegs das Ende des jüngsten Aufschwungs markiert, sondern dass vor allem die binnenwirtschaftlichen Antriebskräfte noch intakt sind. Ein Risiko stellt hingegen dar, dass der Außenbeitrag sehr hoch ist und Abschwünge in Deutschland in der Vergangenheit häufig außenwirtschaftlich verursacht waren.

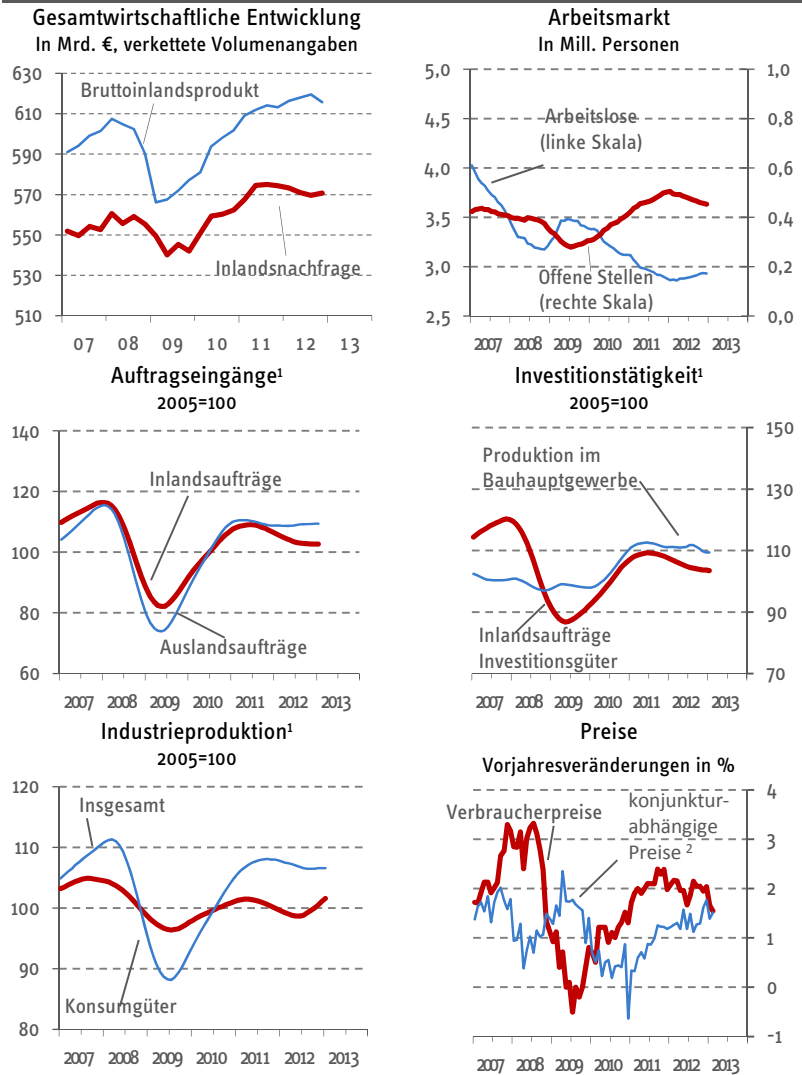
Die aktuellen Konjunkturindikatoren zeigen ein gemischtes Bild (Schaubild 1). Einerseits haben sich Stimmung und Erwartungen der Unternehmen in den vergangenen Monaten deutlich verbessert. Andererseits stagniert die Industrieproduktion mehr oder weniger, und die Auftragseingänge waren im Januar wieder deutlich rückläufig, insbesondere die aus dem Ausland. Darin dürfte sich vor allem die in wichtigen Abnehmerländern schwache Investitionstätigkeit widerspiegeln. Auch aus dem Inland kommen weniger Aufträge für Investitionsgüter. Positive Tendenzen weisen die Arbeitsmarktindikatoren auf, und die Produktion von Konsumgütern ist aufwärts gerichtet.

Das auf einem System von Brückengleichungen basierende Kurzfristmodell, mit Hilfe dessen das RWI die in den verschiedenen Indikatoren enthaltenen Informationen zu BIP-Prognosen für das laufende und das bevorstehende Quartal verdichtet, prognostiziert für das erste Quartal 2013 im Mittelwert einen Anstieg des BIP um 0,2% gegenüber dem Vorquartal (Schaubild 2). Die Verteilung der Einzelprognosen ist linksschief, was darauf hindeutet, dass die Schätzung mit Abwärtsrisiken verbunden ist.

Indikatoren  
zeichnen  
gemischtes Bild

# 1. Überblick

**Schaubild 1**  
**Indikatoren der Konjunktur**  
 2007 bis 2013



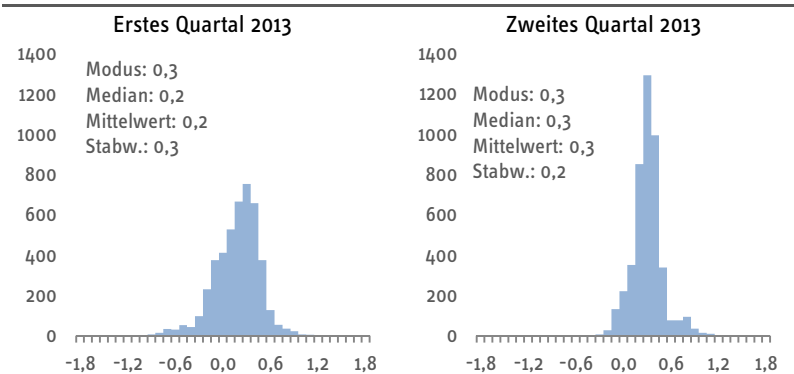
Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit. - <sup>1</sup>Trend-Zyklus-Komponente nach BV 4.1. - <sup>2</sup>Ohne Energie, saisonabhängige Güter, Mieten und administrierte Preise.

# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Schaubild 2**

## Kurzfristschätzung der Zuwachsrates des BIP

Verteilung der Prognosen der Vorquartalsveränderung



Eigene Berechnungen. Zur Methode vgl. Döhrn et al. (2011a: 65-67).

Für das zweite Quartal liefert das Verfahren eine BIP-Rate von 0,3%. Da allerdings die Produktion im ersten Quartal durch die überdurchschnittlich kalte Witterung<sup>2</sup>, möglicherweise auch durch eine Grippewelle<sup>3</sup>, gedämpft wurde, ist für das zweite Quartal ein Nachholen der im ersten Vierteljahr ausgefallenen Produktion zu erwarten, so dass mit einem etwas stärkeren Anstieg des BIP zu rechnen ist als vom Kurzfristmodell des RWI ermittelt. Alles in allem deuten die Indikatoren darauf hin, dass der starke Rückgang des BIP im vierten Quartal 2012 nur eine kurzzeitige Schwäche war und die deutsche Wirtschaft wieder zurück auf einem Expansionspfad ist, wenngleich der jüngste Rückgang erst Ende des zweiten Quartals ausgeglichen sein dürfte.

Erstes Halbjahr  
wesentlich  
durch Witterungs-  
effekt beeinflusst

## 1.2. Annahmen der Prognose

Über diese Kurzfristschätzung hinaus liegen unserer Prognose folgende Annahmen zugrunde:

- ❑ Der Welthandel mit Waren wird 2013 um 3,8% und 2014 um 6,1% zunehmen.
- ❑ Rohöl wird sich im Prognosezeitraum mit einer Jahresrate von 2% verteuern, womit der Preis real auf dem zuletzt erreichten Niveau bleibt. Im Jahresdurch-

<sup>2</sup> Nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes waren die Durchschnittstemperaturen bereits im Januar leicht und im Februar deutlich niedriger als im mehrjährigen Durchschnitt. Hinzu kommt der ungewöhnlich starke Kälteeinbruch im März.

<sup>3</sup> Nach Erhebungen des Robert-Koch-Instituts war die Zahl der Grippe- und grippeähnlichen Erkrankungen in den ersten Monaten des Jahres 2013 erheblich höher als in den Vorjahren (<http://www3.rki.de/SurvStat>, Download am 15.3.2013).

# 1. Überblick

schnitt bedeutet dies für die Sorte Brent einen Preis von 111,6 \$/b in diesem und von 113 \$/b im kommenden Jahr.

- fi Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar liegt im Prognosezeitraum unverändert bei 1,30 \$/€.

Bezüglich der Wirtschaftspolitik nehmen wir Folgendes an:

- fi Die EZB wird den Hauptrefinanzierungssatz im Laufe des Prognosezeitraums bei 0,75% belassen.
- fi Die Finanzpolitik wird im Prognosezeitraum den 2011 eingeleiteten Konsolidierungskurs lockern. Zwar wirken beim Bund nach wie vor die Maßnahmen aus dem „Zukunftspaket“, und die Länder und Kommunen werden weiterhin die Konsolidierung ihrer Haushalte vorantreiben. Allerdings wurde eine Reihe expansiv wirkender Maßnahmen beschlossen. Alles in allem dürfte sich der expansive Impuls im Jahr 2013 auf 0,4% in Relation zum nominalen BIP belaufen (Tabelle 10). Im kommenden Jahr ist nach den derzeit geltenden Beschlüssen mit einer leicht restriktiven Ausrichtung der Finanzpolitik zu rechnen, wenn auch nach der Bundestagswahl 2013 weitere Änderungen der finanzpolitischen Rahmendaten zu erwarten sind.
- fi Die Tariflöhne je Stunde (in der Abgrenzung der Deutschen Bundesbank) werden in diesem Jahr um 2,8% und im kommenden Jahr um 2,5% zunehmen.

## 1.3. Konjunkturbelebung verstärkt sich

Unter diesen Annahmen wird sich die Konjunkturbelebung im weiteren Verlauf des Jahres voraussichtlich fortsetzen. Treibende Kraft dürfte die sich abzeichnende vergleichsweise günstige Entwicklung der verfügbaren Einkommen sein. Sie lässt erneut deutlich zunehmende Konsumausgaben erwarten und stimuliert weiterhin auch die Wohnungsbauinvestitionen. Die Unternehmen dürften – worauf die verbesserten Stimmungsindikatoren bereits hindeuten – ihre Investitionszurückhaltung im Lauf des Jahres aufgeben. Da allem Anschein nach viele Investitionsvorhaben nur zurückgestellt worden waren, ist mit einem kräftigen Investitionsaufschwung zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt dürften die Investitionen aber aufgrund des statistischen Unterhangs und der schwachen Entwicklung in der ersten Jahreshälfte nochmals ein Minus gegenüber dem Vorjahr aufweisen (Tabelle 3)<sup>4</sup>. Wenig Schubkraft ist

Weiterhin günstige  
Entwicklung der  
verfügbaren  
Einkommen

<sup>4</sup> Abweichend von den bisherigen Konjunkturberichten orientiert sich die Darstellung der Bruttoanlageinvestitionen in diesem Bericht stärker an ökonomischen Kriterien. Da Ausrüstungsinvestitionen und der Wirtschaftsbau von ähnlichen Faktoren beeinflusst sind, werden sie im Folgenden in einem Abschnitt „Unternehmensinvestitionen“ gemeinsam dargestellt. Wohnungsbauinvestitionen werden überwiegend von privaten Haushalten getätigt, was eine Ableitung im

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

für das laufende Jahr seitens der Außenwirtschaft zu erwarten. Im Zuge der weltwirtschaftlichen Belebung dürfte sich zwar der Exportanstieg beschleunigen, mit der lebhafteren Inlandsnachfrage werden aber die Einfuhren nahezu parallel ausgeweitet werden. Alles in allem erwarten wir für das laufende Jahr einen Anstieg des BIP um 0,6%.

Investoren  
geben  
Zurückhaltung  
auf

Für 2014 stehen die Zeichen auf eine kräftigere Belebung der Konjunktur. Mit der weiteren Erholung der Weltwirtschaft dürfte sich der Anstieg der Exporte beschleunigen. Dies würde sich positiv auf die Investitionen auswirken, da in zunehmendem Maße Erweiterungen erforderlich werden. Zudem werden die Finanzierungsbedingungen voraussichtlich günstig bleiben. Mit weiterhin steigender Beschäftigung und rückläufiger Arbeitslosigkeit ist auch eine Fortsetzung des im Vergleich zu früheren Jahren lebhaften Anstiegs der verfügbaren Einkommen zu erwarten. Für das BIP dürfte aus alledem ein Anstieg um 2,1% resultieren.

Der Preisauftrieb wird voraussichtlich moderat bleiben. Dämpfend wirkt vorerst, dass sich Rohöl in Euro gerechnet gegenüber dem Vorjahr verbilligt hat. Auch bleibt der binnenwirtschaftlich begründete Preisauftrieb zunächst gering, weil Unterneh-

**Tabelle 3**

### Anlageinvestitionen in Deutschland

2012 bis 2014; Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	Anteile <sup>1</sup>	2012	2013 <sup>P</sup>	2014 <sup>P</sup>
Anlageinvestitionen insgesamt	100,0	-2,5	-0,4	4,9
Ausrüstungen	39,0	-4,8	-2,3	8,0
sonstige Anlagen	6,1	3,2	3,2	3,7
Bauinvestitionen insgesamt	54,9	-1,5	0,5	3,0
Wohnbauten	31,0	0,9	0,6	3,0
Nichtwohnbauten	23,9	-4,7	0,3	3,1
gewerbliche Bauten	16,6	-1,8	0,2	2,4
öffentliche Bauten	7,3	-11,2	0,4	4,7
nachrichtlich:				
Unternehmensinvestitionen	61,7	-3,2	-1,0	5,9

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – <sup>1</sup>Anteile des Jahres 2011 in %. – <sup>P</sup>Eigene Prognose.

Kontext der Konsumentscheidungen nahelegt. Öffentliche Investitionen schließlich sind das Resultat der budgetären Handlungsspielräume und der Ausgabeentscheidungen des Staates; ihre Prognose wird aus den Haushaltsplänen der Gebietskörperschaften abgeleitet. Folglich werden sie im Abschnitt zu den öffentlichen Finanzen dargestellt.

# 1. Überblick

**Tabelle 4**

**Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland**  
2012 bis 2014; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

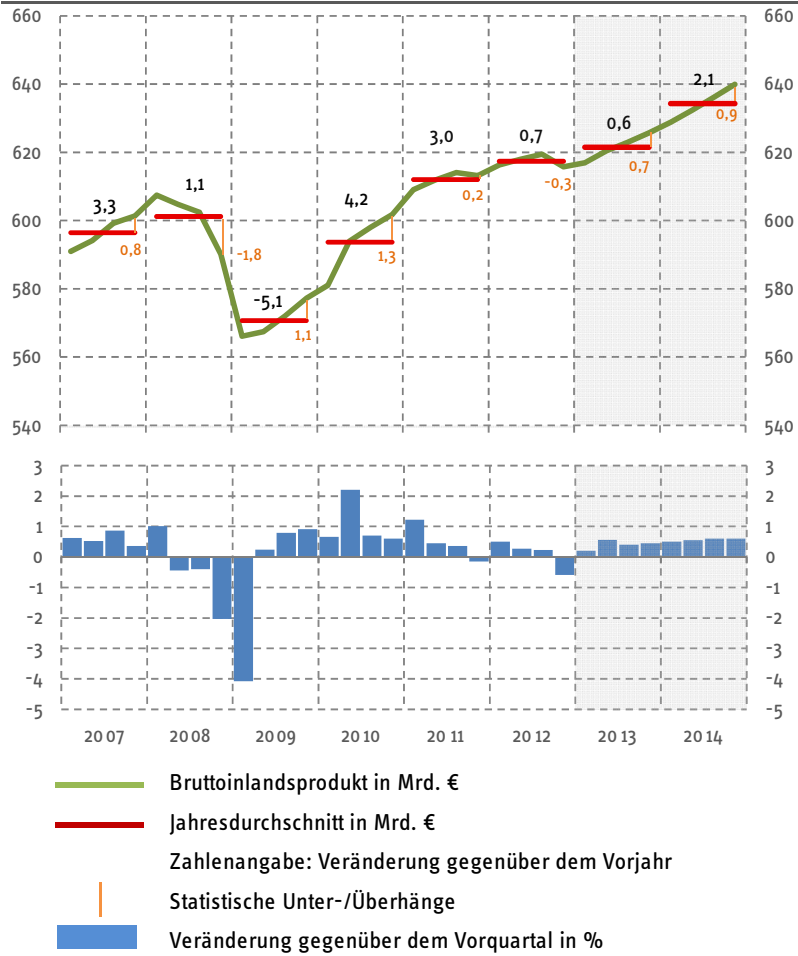
	2012	2013 <sup>P</sup>	2014 <sup>P</sup>	2013 <sup>P</sup>		2014 <sup>P</sup>	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
<b>Verwendung<sup>1</sup></b>							
Konsumausgaben	0,8	0,9	1,2	0,5	1,4	1,2	1,2
Private Haushalte <sup>2</sup>	0,6	0,8	1,2	0,1	1,4	1,2	1,1
Staat	1,4	1,4	1,4	1,4	1,3	1,4	1,4
Anlageinvestitionen	-2,5	-0,4	4,9	-3,0	2,0	4,8	4,9
Vorratsveränderung <sup>3</sup>	-0,5	-0,2	-0,2	-0,1	-0,2	-0,3	-0,1
Inlandsnachfrage	-0,4	0,5	1,7	-0,3	1,3	1,6	1,8
Außenbeitrag <sup>3</sup>	1,0	0,1	0,5	0,1	0,1	0,4	0,6
Exporte	3,7	2,8	7,0	1,8	3,8	6,4	7,5
Importe	1,8	2,9	6,8	1,7	4,1	6,5	7,2
Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,6	2,1	-0,1	1,3	1,8	2,3
<b>Preise</b>							
Bruttoinlandsprodukt	1,3	1,5	1,7	1,6	1,5	1,7	1,7
Konsumausgaben <sup>2</sup>	1,6	1,3	1,6	1,3	1,3	1,6	1,6
Einfuhr	1,7	0,5	0,8	0,2	0,8	0,9	0,7
<b>Einkommensverteilung</b>							
Arbeitnehmerentgelt	3,7	2,8	3,4	3,1	2,6	3,3	3,5
Gewinne <sup>4</sup>	-1,9	0,7	5,7	-2,5	4,0	5,3	6,1
Volkseinkommen	1,8	2,2	4,1	1,3	3,0	3,9	4,3
Abgaben <sup>5</sup> ./Subventionen	3,2	1,3	3,2	1,6	0,9	2,4	4,0
Nettonationaleinkommen	2,0	2,0	4,0	1,3	2,7	3,7	4,3
Abschreibungen	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3
Bruttonationaleinkommen	2,1	2,1	3,8	1,5	2,7	3,5	4,0
<b>Entstehung</b>							
Erwerbstätige	1,1	0,4	0,6	0,5	0,4	0,5	0,7
Arbeitszeit	-0,7	-0,7	0,2	-1,4	0,0	0,3	0,2
Arbeitsvolumen	0,4	-0,2	0,8	-0,8	0,4	0,8	0,9
Produktivität	0,3	0,8	1,2	0,7	0,9	1,1	1,4
Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup>	0,7	0,6	2,1	-0,1	1,3	1,8	2,3
<b>Output-Lücke<sup>6</sup></b>	<b>-0,3</b>	<b>-1,1</b>	<b>-0,4</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - <sup>1</sup>Preisbereinigt. - <sup>2</sup>Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - <sup>3</sup>Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten. - <sup>4</sup>Unternehmens- und Vermögenseinkommen. - <sup>5</sup>Produktions- und Importabgaben. - <sup>6</sup>Abweichung des BIP vom potenziellen BIP in % des potenziellen BIP. - <sup>P</sup>Eigene Prognose.

men steigende Arbeitskosten durch Produktivitätssteigerung auffangen können. Von staatlicher Seite beeinflussen sowohl inflationsdämpfende (u.a. der Wegfall der Praxisgebühr) als auch steigernde (u.a. die Erhöhung der EEG-Umlage) Effekte die

# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Schaubild 3**  
**Bruttoinlandsprodukt in Deutschland**  
 2007 bis 2014; real, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Teuerung. Im Verlauf von 2014 dürfte sich die Inflation leicht beschleunigen, weil zum einen mit zunehmender Kapazitätsauslastung steigende Arbeitskosten stärker überwälzt werden, zum anderen der inzwischen deutliche Anstieg der Immobilienpreise vermehrt auf die Mieten durchschlagen dürfte. Im Jahresdurchschnitt dürften die Verbraucherpreise um 1,6% in diesem und 2,0% im kommenden Jahr steigen.

# 1. Überblick

Mit der anziehenden Produktion steigt auch die Arbeitsnachfrage. Nur zum Teil dürfte diese dadurch bedient werden, dass die Arbeitszeiten, die während der Schwächephase des vergangenen Jahres sanken, wieder ausgeweitet werden. Überwiegend schlägt sie sich wohl in einem Anstieg der Erwerbstätigkeit um 0,4% in diesem und 0,6% im kommenden Jahr nieder. Da wir für den Prognosezeitraum eine weiterhin kräftige Zuwanderung erwarten, dürfte das Erwerbspersonenpotenzial trotz einer demographisch bedingt rückläufigen heimischen Erwerbsbevölkerung zunehmen. Daher wird die Arbeitslosigkeit voraussichtlich weniger stark abgebaut als die Erwerbstätigkeit steigt. Die Arbeitslosenquote dürfte in diesem Jahr unverändert bei 6,8% liegen und in 2014 auf 6,4% sinken.

Arbeitsmarkt  
verbessert  
sich weiter

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird sich, nachdem 2012 ein Überschuss erzielt wurde, im laufenden Jahr leicht verschlechtern. Zum einen wurde der Konsolidierungskurs gelockert, zum anderen führt die schwächere Konjunktur zu geringeren Einnahmen bei den gewinnabhängigen Steuern. Der Staat wird 2013 voraussichtlich ein Budgetdefizit von 6 Mrd. € bzw. 0,2% des BIP aufweisen. Im nächsten Jahr ist infolge der konjunkturellen Erholung mit einem Überschuss von 10 Mrd. € (0,4% des BIP) zu rechnen.

## 1.4. Unsicherheit und Risiken

Die hier vorgestellte Prognose stellt die von uns für am wahrscheinlichsten gehaltene Entwicklung der deutschen Konjunktur dar. Die damit verbundene Unsicherheit veranschaulicht das RWI bereits seit 2005 in Prognoseintervallen, die es aus den Fehlern vergangener Prognosen ableitet. Danach umfasst das 50%-Intervall für 2013 einen Bereich, der zwischen einem leichten Schrumpfen des BIP und einer Zunahme um 1,3% liegt. Das 50%-Intervall für 2014 deckt den Bereich zwischen einer Zunahme um 0,5% und um 3,5% ab. Eine Quelle der Unsicherheit ist, dass die Daten für zurückliegende Jahre beträchtlich revidiert werden können. In Schaubild 4 ist diese Datenunsicherheit in Form von Revisionsintervallen dargestellt. Danach dürfte die im Februar 2013 ausgewiesene Zuwachsrate des BIP für das Jahr 2012 von 0,7% im Lauf späterer Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) noch derart verändert werden, dass mit einer Wahrscheinlichkeit von 50% eine „endgültige“ BIP-Rate zwischen 0,3% und 1,1% zu erwarten ist.<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Die Größe der Revisionsintervalle erklärt sich zum Teil daraus, dass in regelmäßigen Abständen in „Großen Revisionen“ die Methoden und Konzepte der VGR grundlegend überarbeitet werden. Die letzte dieser Revisionen fand 2011 statt; zu deren Auswirkungen auf wichtige Größen der VGR vgl. Döhrn et al. 2011: 51-52. Die nächste Große Revision steht 2014 an, in deren Rahmen u.a. beabsichtigt ist, Aufwendungen für Forschung und Entwicklung als Investitionen BIP-wirksam zu buchen. Das könnte zu erheblichen Änderungen der BIP-Raten führen, die wir naturgemäß in unserer Prognose nicht antizipieren können.

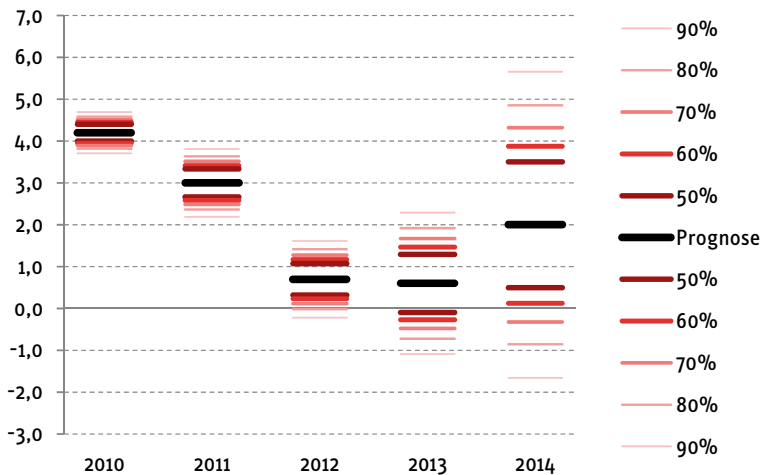


# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Schaubild 4**

**Prognose- und Revisionsintervalle für das BIP**

2010 bis 2014; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Eigene Berechnungen. Bis 2012: Revisionsintervall. Zur Methodik vgl. Döhrn et al. (2007): 44-45; (2010): 60-61 und Fußnote 10; (2011b): 65.

Der größte Teil der Prognosefehler resultiert allerdings aus falschen Annahmen zu exogenen Variablen und aus einer falschen Einschätzung ihres Einflusses sowie der Folgen wirtschaftspolitischer Entscheidungen auf die Prognose. Zudem ist zu bedenken, dass Beziehungen zwischen ökonomischen Variablen nicht deterministischer, sondern stochastischer Natur sind, so dass die Koeffizienten unserer Prognosemodelle selbst einen Unsicherheitsbereich aufweisen. Besonders große Prognosefehler entstehen, wenn Ereignisse eintreten, die bei Erstellung der Prognose entweder nicht absehbar waren oder bei denen der Zeitpunkt des Eintretens nicht prognostizierbar ist.<sup>6</sup> Große Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft hätte es vor diesem Hintergrund, wenn entgegen unseren Erwartungen die Probleme im Euro-Raum eskalieren würden.

Erhöhte Unsicherheit besteht erfahrungsgemäß bei der Annahme zum Wechselkurs des Euro, zumal dieser derzeit im Spannungsfeld zwischen zwei gegenläufigen Tendenzen steht. Einerseits wird er durch die schwache Konjunktur im Euro-Raum

<sup>6</sup> Eine nachträgliche Auswertung der Prognosen des RWI-Konjunkturmodells hat ergeben, dass etwa ein Drittel der Fehler auf falsche Vorgaben der exogenen Variablen, ein Drittel auf Fehler im Modell, also z.B. nicht hinreichend genau abgebildete Beziehungen zwischen Variablen, und ein Drittel auf zufällige Fehler zurückzuführen ist (Heilemann 2004).

## 2. Die Verwendungskomponenten

und die fortgesetzte Diskussion über dessen Zukunft belastet. Andererseits bestehen auch erhöhte Risiken bezüglich der öffentlichen Finanzen und der Konjunktur in den USA.

In unserer Prognose unterstellt ist ein Wechselkurs von 1,30\$/€. Simulationen mit dem RWI-Konjunkturmodell zeigen, dass eine sofortige, dauerhafte Abwertung des Dollar um 0,10\$/€ auf 1,40\$/€ den Zuwachs der deutschen Exporte in diesem Jahr um 0,2%-Punkte und im kommenden um 0,7%-Punkte vermindern würde. Sie würde aber auch den Anstieg der Verbraucherpreise dämpfen und mithin die Kaufkraft der Konsumenten stärken. Da die Preiswirkungen rascher eintreten als die Verringerung der Exporte, wären die Folgen für das BIP im Jahr 2013 gering, 2014 fielen der BIP-Anstieg um 0,2%-Punkte geringer aus als in der Basissimulation.

Eine andere Quelle großer Prognosefehler ist erfahrungsgemäß eine falsche Einschätzung der Investitionsdynamik, die nicht nur von „harten“ ökonomischen Fakten getrieben wird, sondern auch stark von Stimmungen der Unternehmen. Gekennzeichnet war das Jahr 2012 durch einen ausgeprägten Investitionsattentismus. Zurückgestellte Investitionen können allerdings rasch realisiert werden, wenn sich die Einschätzung der Unternehmen über die wirtschaftliche Zukunft aufhellt. Vor dem Hintergrund der zuletzt verbesserten Stimmung in den Unternehmen könnte ein Investitionsaufschwung früher einsetzen und kräftiger sein als in unserer Prognose unterstellt.

Unsicherheit  
über Stärke  
des Investitions-  
aufschwungs

## 2. Die Verwendungskomponenten

### 2.1. Außenhandel wird sich beleben

Der Außenhandel lieferte 2012 einem Wachstumsbeitrag von einem Prozentpunkt zur Expansion des BIP. Ihn deshalb als Stütze der Konjunktur zu bezeichnen wäre allerdings eine rein saldenmechanische Betrachtung. Der Zuwachs der Exporte war nämlich mit 3,7% im Jahresdurchschnitt nicht allzu kräftig und schwächte sich im Jahresverlauf deutlich ab. Im 4. Quartal sanken die deutschen Ausfuhren sogar um 2%, so stark wie seit 2009 nicht mehr. Der positive Außenbeitrag ist Reflex der Tatsache, dass sich die Einfuhren in den ersten drei Quartalen des Jahres noch ungünstiger entwickelten als die Ausfuhren. Im Schlussquartal 2012 nahmen die

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Tabelle 5**

### Beitrag der Verwendungskomponenten<sup>1</sup> zum Wachstum des BIP

2008 bis 2014; in %-Punkten

	2008	2009	2010	2011	2012	2013 <sup>P</sup>	2014 <sup>P</sup>
<b>Inlandsnachfrage</b>	<b>1,1</b>	<b>-2,3</b>	<b>2,5</b>	<b>2,4</b>	<b>-0,3</b>	<b>0,5</b>	<b>1,6</b>
Konsumausgaben	1,0	0,6	0,9	1,2	0,6	0,7	0,9
Private Haushalte	0,4	0,1	0,5	1,0	0,4	0,4	0,7
Staat	0,6	0,5	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3
Anlageinvestitionen	0,2	-2,2	1,0	1,1	-0,5	-0,1	0,8
Ausrüstungen	0,2	-1,8	0,7	0,5	-0,3	-0,2	0,5
Bauten	-0,1	-0,3	0,3	0,6	-0,1	0,0	0,3
Sonstige	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung	-0,1	-0,7	0,6	0,2	-0,5	-0,2	-0,2
<b>Außenbeitrag</b>	<b>-0,1</b>	<b>-2,9</b>	<b>1,7</b>	<b>0,6</b>	<b>1,0</b>	<b>0,1</b>	<b>0,5</b>
Exporte	1,3	-6,2	5,8	3,7	1,8	1,4	3,6
Importe	-1,4	3,3	-4,1	-3,1	-0,8	-1,3	-3,2
<b>BIP<sup>2</sup></b>	<b>1,1</b>	<b>-5,1</b>	<b>4,2</b>	<b>3,0</b>	<b>0,7</b>	<b>0,6</b>	<b>2,1</b>

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - <sup>1</sup>Lundberg-Komponenten berechnet unter Verwendung der Vorjahrespreise. - <sup>2</sup>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.- <sup>P</sup>Eigene Prognose.

Einfuhren zwar auch ab, allerdings lediglich um 0,6%, sodass der Wachstumsbeitrag des Außenhandels negativ war.

Der Einbruch der Exporte im vierten Quartal war Folge einer schwächeren Nachfrage nach deutschen Produkten in allen Regionen. Insbesondere die Lieferungen in die USA sanken kräftig, in Abgrenzung des nominalen Spezialhandels um 7,4%. Da auch die Ausfuhren nach Asien und in die europäischen Länder außerhalb der EWU rückläufig waren, konnte die bereits seit 2011 anhaltende schwache Nachfrage aus dem Euro-Raum nicht mehr durch höhere Lieferungen in Drittländer aufgefangen werden. Der Rückgang der Einfuhren spiegelt im Wesentlichen die rückläufigen Investitionen deutscher Unternehmen wider. Die Einfuhren von Investitionsgütern nahmen im 4.Quartal um 4,5% und die von Vorleistungsgütern um 2,7% ab.

Im ersten Quartal 2013 dürften die Exporte wieder leicht zulegen. So stieg der Spezialhandel im Januar nach einem negativen Wert im Schlussquartal 2012 recht deutlich. Auch haben sich die Erwartungen der Unternehmen seit Ende 2012 wieder verbessert. Allerdings sind die Auftragseingänge aus dem Ausland nach einem Plus im Vormonat im Januar wieder deutlich gesunken, sodass sie sich in der Tendenz nur seitwärts bewegten. Per saldo erwarten wir für das erste Quartal einen Anstieg

Ausfuhren auf  
breiter Front  
gesunken

## 2. Die Verwendungskomponenten

der Exporte um 0,8%. Im Verlauf des Jahres dürften sie zwar an Dynamik gewinnen, im Jahresdurchschnitt aber nur um 2,8% zunehmen. Damit würden sie langsamer expandieren als der Welthandel, Deutschland also Weltmarktanteile verlieren. Dies ist zum einen eine Folge der immer noch schwachen Nachfrage aus dem Euro-Raum, Deutschlands wichtigstem Exportmarkt. Zum anderen hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit leicht verschlechtert. Im kommenden Jahr dürften die Exporte mit der sich weltweit verbessernden Konjunktur und dem damit einhergehenden dynamischeren Welthandel wieder stärker zulegen, im Jahresdurchschnitt erwarten wir einen Anstieg um 7,0%.

Die Importe dürften sich im ersten Quartal ebenfalls nur wenig erhöhen (0,5%). Ausschlaggebend sind die immer noch schwache Investitionstätigkeit und die nur moderate Zunahme der Exporte. In der zweiten Jahreshälfte von 2013 dürften die Einfuhren anziehen, wenn zurückgestellte Investitionen nachgeholt und vermehrt Vorleistungsgüter für den Export benötigt werden. Im Jahresdurchschnitt rechnen wir mit einem Anstieg der Importe von 2,9%, im kommenden Jahr dürften sie um 6,8% steigen. Damit dürfte der Außenbeitrag in diesem wie auch im nächsten Jahr einen kleinen positiven Beitrag zum Wachstum des BIP liefern.

Höhere Investitionen werden Importe anregen

Die Entwicklung der Einfuhrpreise im vergangenen Jahr war wesentlich durch das Auf und Ab der Rohstoffpreise geprägt. In der ersten Jahreshälfte erhöhten sie sich kräftig, stiegen dann aber in der zweiten kaum noch. Auch die Ausfuhrpreise waren 2012 zunächst beschleunigt gestiegen, wohl auch weil deutsche Exporteure die durch die Abwertung des Euros entstehenden Spielräume nutzten, um ihre Margen zu verbessern. Die *Terms of Trade* verschlechterten sich im Jahresdurchschnitt nur leicht. In diesem Jahr dürften sie sich kaum verändern. Trotz der wieder anziehenden Rohstoffpreise werden die Importpreise zu Beginn von 2013 wohl nur leicht steigen. Im Prognosezeitraum dürfte die Erhöhung moderat bleiben, auch weil Importe aus wichtigen Ländern des Euro-Raums sich aufgrund der dort sinkenden Lohnstückkosten verbilligen dürften. Ebenso erwarten wir für die Exportpreise einen moderaten Anstieg. Bei dem sich stabilisierenden weltwirtschaftlichen Umfeld dürften deutsche Exporteure wieder stärker die Möglichkeit haben, Kosten auf ihre Kunden zu überwälzen. Insgesamt gehen wir sowohl bei den Einfuhr- als auch bei den Ausfuhrpreisen von einem Anstieg um 0,5% in diesem Jahr aus. Im kommenden Jahr dürften die Exportpreise um 0,9% steigen, die Importpreise um 0,8%. Damit dürften sich die *Terms of Trade* in 2014 leicht verbessern.

Leicht verbesserte Terms of Trade in 2014

### 2.2. Investitionsstau in den Unternehmen löst sich auf

Die Unternehmen haben im vergangenen Jahr ihre Investitionen um 3,2% reduziert. Insbesondere bei den Ausrüstungsinvestitionen setzte sich der Rückgang fort,

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

der bereits Ende 2011 eingesetzt hatte; sie sanken um knapp 5%. Bei den Wirtschaftsbauteilen war das Minus mit 1,8% geringer, und gegen Ende 2012 nahmen sie sogar wieder zu. Die immer noch hohe Unsicherheit über den Ausgang der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum hat die Unternehmen allem Anschein nach veranlasst, Investitionen zurückzustellen. Zu dem bei günstigen Finanzierungsbedingungen anhaltenden Attentismus kam in der zweiten Jahreshälfte 2012 die Abschwächung der globalen Nachfrage, in deren Folge insbesondere die Kapazitätsauslastung der Exportgüterhersteller und damit auch deren Investitionsbedarf sanken.

Für die erste Jahreshälfte deuten die Indikatoren auf eine weiter abwartende Haltung der Unternehmen hin. Zwar haben sich die ifo-Geschäftserwartungen verbessert und die Kapazitätsauslastung stieg jüngst wieder an. Letztere liegt aber immer noch unter dem langjährigen Durchschnitt, was gegen eine rasche Belebung der Investitionen spricht. Dies deuten auch die realwirtschaftlichen Indikatoren für die Ausrüstungsinvestitionen an. Sowohl die Umsätze im Investitionsgütergewerbe wie auch die Auftragsengänge aus dem Inland sind zuletzt wieder gesunken. Auch für den Wirtschaftsbau deutet einiges auf eine langsamere Gangart hin. Die Auftragsengänge sanken im vierten Quartal 2012 um mehr als 2% gegenüber dem Vorquartal, und die Baugenehmigungen bewegten sich seitwärts. In der Grundtendenz dürften die Bauinvestitionen der Unternehmen kaum expandieren. Überlagert wird die konjunkturelle Entwicklung im ersten Quartal aber wohl durch einen Produktionsrückgang aufgrund des ungewöhnlich strengen Winters, der allerdings im zweiten Quartal einen beträchtlichen Nachholeffekt nach sich ziehen dürfte.

Während im ersten Halbjahr 2013 noch Ersatz- und Rationalisierungsmaßnahmen im Vordergrund stehen dürften, ist für die zweite Jahreshälfte ein kräftigerer Anstieg der Unternehmensinvestitionen zu erwarten. Mit dem Anziehen der Weltkonjunktur dürfte die Kapazitätsauslastung zunehmen und damit das Erweiterungsmotiv in den Vordergrund treten. Die sich aufhellenden Erwartungen sprechen dafür, dass die Unternehmen ihren Attentismus allmählich aufgeben. Die Finanzierungsbedingungen sind jedenfalls nach wie vor gut. Die Kreditvergabestandards haben sich nach dem *Bank Lending Survey* nicht verändert. Bei den großen Unternehmen wurden die Vergabestandards sogar etwas gelockert, die für kleinere Unternehmen wurden leicht verschärft. Bei Letzteren stieg auch die Nachfrage nach Krediten wieder, was im Einklang damit steht, dass sich das Geschäftsklima unter kleinen und mittleren Unternehmen – gemessen am KfW-Mittelstands-Barometer – stärker verbesserte als in der Gesamtwirtschaft. Auch dies deutet auf ein Ende der Investitionszurückhaltung hin.

Im nächsten Jahr dürfte sich der Investitionsstau weiter auflösen, da die Kapazitätsauslastung bei verbesserter Konjunktur zunimmt. Zudem bietet die zu erwar-

Abwartende  
Haltung der  
Investoren  
dürfte vorerst  
anhalten

Finanzierungs-  
bedingungen  
weiterhin gut

## 2. Die Verwendungskomponenten

tende Verteuerung von Energie Anreize, die Energieeffizienz zu steigern, was auch durch Förderprogramme unterstützt wird. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften zwar in Durchschnitt dieses Jahres um 2,3% nachgeben, allerdings ist ein Großteil auf den statistischen Unterhang von über 3% zurückzuführen. In 2014 dürften sie mit 8,0% wieder stark zunehmen. Der gewerbliche Bau wird die witterungsbedingten Ausfälle wohl schnell aufholen und die Investitionen bei steigender Kapazitätsauslastung zunehmen, wenngleich nicht ganz so kräftig wie die Ausrüstungen. In diesem Jahr erwarten wir eine Zunahme um 0,2% und im nächsten Jahr um 2,4%. Alles in allen sinken die Unternehmensinvestitionen in diesem Jahr voraussichtlich um 1,0% und im nächsten Jahr steigen sie um 5,9%.

### 2.3. Private Haushalte profitieren von kräftigeren Einkommenssteigerungen

Der Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte hat sich im vergangenen Jahr deutlich verlangsamt. Nach einem Zuwachs um 3,2% im Jahr 2011 nahmen sie 2012 nur noch um 2,2% zu. Ausschlaggebend für die Verlangsamung waren in erster Linie die aufgrund der schwächeren Konjunktur deutlich geringeren Zuwächse bei den Kapitaleinkommen (Tabelle 6). Der Anstieg der Nettolohneinkommen verringerte sich hingegen nur wenig, und auch die staatlichen Transfers wurden insbesondere auf Grund der kräftigen Rentensteigerungen zur Jahresmitte im Gegensatz zum Vorjahr ausgeweitet. Der schwächere Anstieg der Einkommen schlug sich nicht in gleichem Umfang in der Kaufkraft der Konsumenten nieder. Da sich der Preisauftrieb – gemessen am Konsumdeflator – etwas abgeschwächt hat, war der Zuwachs der Realeinkommen 2012 mit 0,6% halb so groß wie im Vorjahr.

Im laufenden Jahr wird der Anstieg der verfügbaren Einkommen voraussichtlich etwas schwächer ausfallen als im Jahr 2012. Die aufgrund der schwachen Konjunktur verschlechterte Gewinnsituation der Unternehmen dürfte sich in einem erneut geringeren Wachstum der Entnahmen niederschlagen, die zudem durch das niedrige Zinsniveau gedämpft werden. Bei den Nettolöhnen ist hingegen eine nur geringfügig niedrigerer Zuwachs als 2012 zu erwarten. Zum einen steigt die Beschäftigung wohl wieder schneller, zum anderen zeichnet sich ein deutlicher Anstieg der Tariflöhne ab. Darüber hinaus profitieren die Lohneinkommensbezieher von der Erhöhung des Grundfreibetrages bei der Einkommenssteuer und der Senkung der Sozialversicherungsbeiträge zu Beginn des laufenden Jahres. Die Transfereinkommen werden wohl in ähnlichem Maße ausgeweitet wie im Vorjahr. Zwar dürfte die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld sinken, jedoch wurden die Hartz-IV-Leistungen zu Jahresbeginn angehoben. Zudem ist zur Jahresmitte eine kräftige Rentensteigerung zu erwarten. Schließlich wird im dritten Quartal das Betreuungsgeld einge-

Sinkende  
Kapitaleinkommen  
dämpfen Anstieg  
der Realeinkommen

Im Prognose  
zeitraum stärkerer  
Anstieg der  
Verfügbaren  
Einkommen

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Tabelle 6**

**Privater Konsum und verfügbare Einkommen**

2010 bis 2014; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2010	2011	2012	2013 <sup>P</sup>	2014 <sup>P</sup>
<b>Konsumausgaben, real</b>	<b>0,9</b>	<b>1,7</b>	<b>0,6</b>	<b>0,8</b>	<b>1,2</b>
Sparquote (in %)	10,9	10,4	10,3	10,3	10,3
Verfügbare Einkommen	3,0	3,2	2,2	2,0	2,7
darunter:					
Nettolohneinkommen	4,4	4,0	3,5	3,2	3,0
Kapitaleinkommen	2,2	4,5	2,5	1,3	2,7
Transfereinkommen	1,0	-0,7	1,2	1,3	1,4
nachrichtlich:					
Bruttolöhne und -gehälter <sup>1</sup>	2,9	4,8	3,9	3,1	3,5
Konsumdeflator	2,0	2,1	1,6	1,3	1,6
Verfügbare Realeinkommen	0,9	1,1	0,6	0,7	1,1

*Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - <sup>1</sup>Im Inland. - <sup>P</sup>Eigene Prognose.*

führt. Im kommenden Jahr dürfte sich die verbesserte Konjunktur vor allem in höheren Kapitaleinkommen niederschlagen, die Lohn- und die Transfereinkommen werden voraussichtlich im etwa gleichen Tempo zulegen. Mithin dürften die Verfügbaren Einkommen im Prognosezeitraum um 2,0% (2013) bzw. 2,7% (2014) steigen. Real ergibt sich damit ein Zuwachs um 0,7% bzw. 1,1%.

Damit dürfte sich der zwar nicht besonders kräftige, mittlerweile aber doch recht stetige Anstieg der Realeinkommen fortsetzen. Dieser hat zusammen mit dem historisch niedrigen Zinsniveau dazu beigetragen, dass seit der Rezession 2008/09 sowohl die privaten Konsumausgaben als auch die Wohnungsbauinvestitionen mehr oder weniger kontinuierlich ausgeweitet wurden. In Deutschland ist dabei der Einfluss der Zinsen auf den Konsum recht gering. Trotz des niedrigen Zinsniveaus wurden die Konsumentenkredite in den vergangenen Jahren nicht ausgeweitet, sondern das Volumen der ausstehenden Kredite war sogar leicht rückläufig. Da sich zugleich der Anstieg der Sparquote nicht fortsetzte, wuchsen die privaten Konsumausgaben im vergangenen Jahr parallel zum Anstieg der verfügbaren Einkommen. Die Wohnungsbauinvestitionen, die ebenfalls zum überwiegenden Teil von privaten Haushalten getätigt werden, haben hingegen deutlich auf die kontinuierlichen Einkommenssteigerungen und die niedrigen Zinsen reagiert. Sie nahmen 2010 und 2011 sehr kräftig zu. Im Jahr 2012 verlangsamte sich der Anstieg aber auf 0,9%.

Niedrige  
Zinsen stimulieren  
Wohnungsbau

## 2. Die Verwendungskomponenten

---

Für den Prognosezeitraum lässt die geschilderte Einkommensentwicklung, aber auch die wieder steigende Beschäftigung und die damit abnehmende Arbeitsplatzunsicherheit eine Fortsetzung des Anstiegs sowohl der Konsumausgaben als auch der Wohnungsbauinvestitionen erwarten.

**fi** Bei den Konsumausgaben senden die Frühindikatoren am aktuellen Rand unterschiedliche Signale. Der RWI-Konsumindikator zeigt eine verhaltene Entwicklung im ersten Quartal an und auch die Kfz-Zulassungen waren zu Jahresbeginn rückläufig. Die Einzelhandelsumsätze sind hingegen im Januar deutlich gestiegen. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte bei anhaltenden Einkommenszuwächsen und steigender Erwerbstätigkeit auch die Bereitschaft zunehmen, langlebige Gebrauchsgüter zu kaufen, zumal auch im Zusammenhang mit dem Erwerb von Wohneigentum erfahrungsgemäß vermehrt Ausgaben für die Wohnungsausstattung getätigt werden. Insgesamt dürften sich die realen Konsumausgaben aber mehr oder weniger parallel zu den Realeinkommen entwickeln und um 0,8% (2013) bzw. 1,2% (2014) zulegen.

**fi** Die Aufwendungen für Wohnbauten dürften bei anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen und weiterhin bestehenden Anreizen zur Erhöhung der Energieeffizienz ebenfalls deutlich ausgeweitet werden. Für die ersten Monate dieses Jahres deuten zwar die Auftragseingänge eine schwächere Ausweitung der Bautätigkeit an. Im weiteren Prognosezeitraum dürften aber die Auftriebskräfte die Oberhand gewinnen. So sind die Baugenehmigungen zuletzt wieder gestiegen und die Auftragsbestände liegen auf einem hohen Niveau. Zudem stellt angesichts der geringen Verzinsung von Kapitalanlagen und des gewachsenen Misstrauens gegen Finanzprodukte die Investition in Wohneigentum für viele Haushalte eine gute Alternative dar. Die Wohnungsbauinvestitionen werden vor diesem Hintergrund um voraussichtlich 0,6% in diesem und 3,0% im kommenden Jahr ausgeweitet werden.

Alles in allem gehen von der Nachfrage der privaten Haushalte im Prognosezeitraum voraussichtlich wesentliche Impulse für die Konjunktur aus. Der Finanzierungssaldo des Sektors private Haushalte – zu dem neben den privaten Haushalten im engeren Sinne auch Ein-Personen-Unternehmen zählen – dürfte damit in Relation zum verfügbaren Einkommen des Sektors im Prognosezeitraum weiter zurückgehen. Zwischen 1994 und 2005 war er im Trend gestiegen (Schaubild 5). Der Beitrag des Sektors zur gesamtwirtschaftlichen Ersparnisbildung und damit saldenmechanisch auch zum Finanzierungssaldo gegenüber dem Rest der Welt nimmt somit ab.

---

Kontinuierlicher  
Anstieg der  
Konsumausgaben

---

---

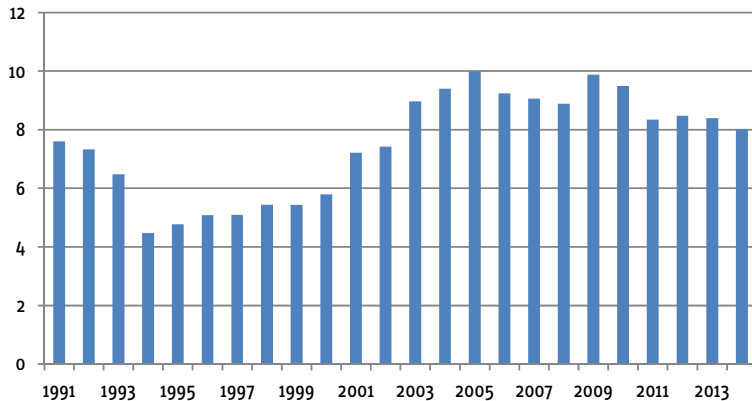
Investitionen in  
Wohneigentum  
weiterhin lukrative  
Alternative zu  
Finanzanlagen

---



# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Schaubild 5**  
**Finanzierungssaldo des Sektors Private Haushalte in Relation zum verfügbaren Einkommen**  
1991 bis 2014; in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. 2013 und 2014: Prognose des RWI.

## 3. Produktion und Arbeitsmarkt

### 3.1. Produktion überwindet Schwächephase

Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat sich im vergangenen Jahr deutlich abgekühlt. Im Jahresdurchschnitt lag sie nur noch 0,7% über dem Vorjahr. Neben einem kräftigen Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe, vor allem aufgrund der schwachen Nachfrage nach Investitionsgütern aus dem In- und Ausland, war auch die Produktion im Baugewerbe – im Neubau stärker als im Ausbau – rückläufig. Damit sank die Produktion im Produzierenden Gewerbe mit knapp 1%. Mehr als kompensiert wurde dies allerdings durch den Dienstleistungssektor. So nahm die Wertschöpfung im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen um 1,8% zu, was zum Teil auf die hohe Nachfrage nach Immobilien zurückzuführen ist.

Lebhaftere  
Produktion  
im ersten  
Halbjahr 2013

Für den Beginn des laufenden Jahres weisen die Kurzfristindikatoren auf eine allenfalls leichte Belebung hin. Die Industrieproduktion verharrte im Januar in etwa auf dem Niveau vom Dezember. Der Auftragseingang war rückläufig, aufgrund des Anstiegs im Vorquartal nahm der *Order-Capacity Index* jedoch zuletzt zu. Dagegen dürfte die Wertschöpfung im Baugewerbe aufgrund der unüblich kalten Witterung

## 5. Produktion und Arbeitsmarkt

**Tabelle 7**

### Bruttoinlandsprodukt und Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>1</sup>

2012 bis 2013; Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2012				2013 <sup>a</sup>	
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	0,5	0,3	0,2	-0,6	0,2	0,6
Darunter:						
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	0,5	0,3	0,2	-0,5	0,2	0,6
darunter						
Verarbeitendes Gewerbe	0,3	0,0	0,0	-1,9	0,3	0,8
Energie- und Wasserversorgung	0,1	3,9	0,7	-0,9	0,3	1,0
Baugewerbe	0,4	-1,8	-1,1	-1,4	-1,5	2,1
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	0,2	0,7	-0,5	0,2	0,3	0,4
Information und Kommunikation	0,8	0,1	2,0	1,4	1,1	1,2
Finanz- und Versicherungsdienstl.	0,5	0,6	1,6	-1,7	0,5	0,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	1,0	0,4	0,3	0,3	0,2	0,5
Unternehmensdienstleister	1,4	0,4	0,4	-0,3	0,1	0,3
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	0,0	0,4	0,3	0,0	0,1	0,1
Sonstige Dienstleister	0,4	-0,2	0,4	-0,4	0,1	0,2

*Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – <sup>a</sup>Saison- und arbeitstäglich bereinigt. – <sup>p</sup>Eigene Prognose.*

im ersten Quartal deutlich rückläufig sein (Tabelle 7). In manchen Sektoren könnten auch Produktionsbehinderungen aus der in diesem Jahr besonders ausgeprägten Grippewelle resultieren. Andererseits dürfte im Verlauf des ersten Quartals die Energieproduktion witterungsbedingt deutlich zunehmen.

Für den weiteren Verlauf des Jahres erwarten wir eine kräftigere Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Hierauf deuten sowohl Stimmungskennzahlen wie die ifo-Erwartungen oder der PMI als auch der wieder anziehende Welthandel hin. Insbesondere die Hersteller von Exportgütern dürften ihre Wertschöpfung steigern. Das Baugewerbe wird aller Erfahrung nach den witterungsbedingten Ausfall aus dem ersten Quartal aufholen und danach seine Aufwärtstendenz fortsetzen, insbesondere im Wohnungsbau. Von der besseren Konjunktur im Produzierenden Gewerbe wird auch die Wertschöpfung des Transportsektors und der Unternehmensdienstleister angeregt. Zudem dürften haushaltsnahe Bereiche wie das Gastgewerbe und der Handel von den steigenden Realeinkommen der privaten Haushalte profitieren. Alles in allem erwarten wir für dieses Jahr eine Zunahme des BIP um 0,6%

**Baugewerbe dürfte witterungsbedingten Ausfall rasch aufholen**

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Im nächsten Jahr dürften sich die Auftriebskräfte verstetigen. Mit der weltweiten Erholung der Konjunktur wird die Produktion von Investitions- und Vorleistungsgütern voraussichtlich stärker ausgeweitet. Die Bauproduktion wird wohl bei weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen aufwärtsgerichtet bleiben. Im Dienstleistungssektor dürfte sich die positive Grundtendenz fortsetzen. Insgesamt dürfte das BIP in 2014 um 2,1% zulegen.

### 3.2. Beschäftigungsanstieg beschleunigt sich wieder

Der Arbeitsmarkt war im vergangenen Jahr durch gegenläufige Tendenzen bei Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit charakterisiert. Erstere verzeichnete weiterhin spürbare Zuwächse; sie legte im Jahresverlauf um 291 000 zu. Die Arbeitslosigkeit ist jedoch im Jahresverlauf um 54 000 gestiegen. Dies weist darauf hin, dass sich das Arbeitsangebot erhöht hat. Insbesondere dürfte das Erwerbspersonenpotenzial durch eine verstärkte Arbeitsmigration aus Osteuropa und den europäischen Krisenländern gestiegen sein.<sup>7</sup> Zudem ist wohl die Stille Reserve gesunken, vor allem weil nochmals weniger Erwerbslose sich in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befanden. Dies lässt sich daran ablesen, dass die Zahl der Unterbeschäftigten, die neben den registrierten Arbeitslosen auch die Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen umfasst, nicht zugenommen hat sondern um 76 000 zurückging.

Arbeitsangebot  
durch höhere  
Migration  
gestiegen

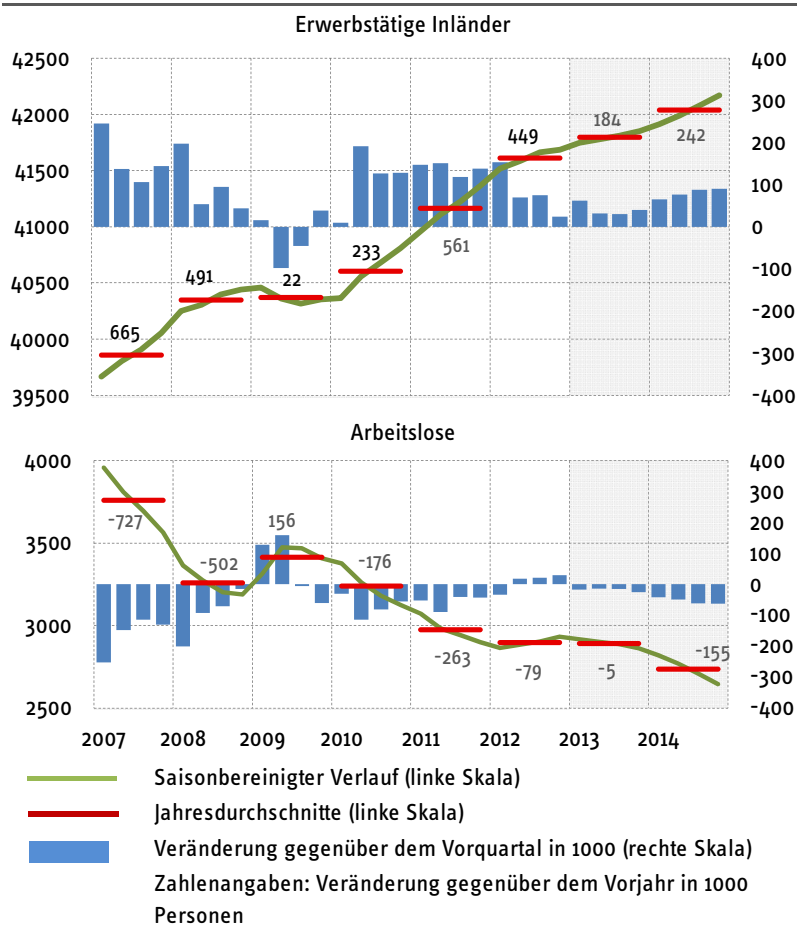
Der Beschäftigungsaufbau erfolgte wie in den Vorjahren in erster Linie in Form von sozialversicherungspflichtigen Stellen. Deren Zahl hat sich im Verlauf von 2012 um 197 000 erhöht. Insbesondere bei den wirtschaftlichen Dienstleistungen hat die Beschäftigung weiter zugenommen, sie lag im Dezember um 98 000 über ihrem Vorjahreswert, obwohl die darin enthaltene Zahl der Zeitarbeiter gleichzeitig gesunken ist (-70 000). Auch im Verarbeitenden Gewerbe (+ 75 000) und im Gesundheits- und Sozialwesen (+ 58 000) gab es kräftige Zuwächse.<sup>8</sup>

<sup>7</sup> Nachdem in 2011 bereits der Wanderungssaldo mit 279 000 Personen positiv war, schätzt das Statistische Bundesamt die Netto-Zuwanderung 2012 auf mindestens 340 000 (Statistisches Bundesamt 2011). Das Freizügigkeitsmonitoring des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (<http://www.bamf.de>) zeigt, dass der Wanderungssaldo aus den osteuropäischen EU-Mitgliedsländern seit dem Wegfall der Freizügigkeitsbeschränkung bis Dezember 2012 immer über dem Vorjahreswert lag.

<sup>8</sup> Ein Vergleich der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Voll- bzw. Teilzeit mit dem jeweiligen Vorjahreswert ist derzeit nicht möglich, da Arbeitgeber seit Dezember 2011 Meldungen für Ihre Beschäftigten nach einem geänderten Erhebungsverfahren abgeben. Ausführliche Angaben hierzu finden sich im Methodenbericht der Bundesagentur für Arbeit (BA 2012).

## 5. Produktion und Arbeitsmarkt

**Schaubild 6**  
**Erwerbstätige und Arbeitslose**  
 2007 bis 2014; saisonbereinigter Verlauf in 1000 Personen



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit.

Für dieses Jahr deutet sich eine Fortsetzung der positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes an. So ist die Arbeitslosigkeit in den letzten drei Monaten wieder leicht zurückgegangen und die Zunahme der Erwerbstätigkeit blieb bis zuletzt kräftig. Auch andere Frühindikatoren zeigen insgesamt eine eher positive Tendenz. Der

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Tabelle 8 Arbeitsmarktbilanz**

2008 bis 2014; Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	2008	2009	2010	2011	2012	2013 <sup>P</sup>	2014 <sup>P</sup>
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	57.362	55.826	57.110	57.887	58.115	57.990	58.470
Erwerbstätige Inland	40.348	40.370	40.603	41.164	41.613	41.795	42.040
Erwerbstätige Inländer	40.297	40.323	40.566	41.116	41.559	41.745	41.985
Selbständige	4.480	4.470	4.493	4.539	4.546	4.540	4.545
darunter:							
Förderung d.Selbständigkeit <sup>1</sup>	180	145	154	136	77	10	5
Arbeitnehmer	35.868	35.900	36.110	36.625	37.067	37.260	37.495
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27.510	27.493	27.757	28.440	28.987	29.215	29.335
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.866	4.904	4.883	4.865	4.810	4.785	4.755
Unterbeschäftigte (ohne Kurzarbeiter)	4.788	4.914	4.701	4.151	3.892	3.805	3.680
darunter:							
Registrierte Arbeitslose	3.258	3.415	3.238	2.976	2.897	2.890	2.735
Aktivierung und berufliche Eingliederung		163	227	162	145	160	205
Berufliche Weiterbildung	171	228	215	178	148	155	160
„Ein-Euro-Jobs“	315	322	306	188	139	150	140
Gründungszuschuss	123	126	144	128	69	5	0
Kurzarbeiter	101	1.144	503	148	110	115	115
Unterbeschäftigte (einschl. Kurzarbeiter)	4.833	5.235	4.869	4.206	3.933	3.845	3.725
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote <sup>3</sup>	7,8	8,1	7,7	7,1	6,8	6,8	6,4
Erwerbslosenquote <sup>4</sup>	7,2	7,4	6,8	5,7	5,3	5,2	4,9

*Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des IAB. - <sup>1</sup>Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss, Einstiegsgeld, Gründungszuschuss. - <sup>2</sup>Vollzeitäquivalente. - <sup>3</sup>Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - <sup>4</sup>Abgrenzung der International Labour Organization; bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. - <sup>P</sup>Eigene Prognose, Angaben gerundet.*

Zugang von gemeldeten Arbeitsstellen, der seit Anfang 2012 rückläufig war, stabilisierte sich in den letzten Monaten. Die Zugänge nichtarbeitsloser Arbeitssuchender, d.h. Personen, die noch beschäftigt sind, die sich aber arbeitssuchend melden, weil ihnen eine Entlassung droht, sind zuletzt etwas kleiner geworden. In der DIHK-Umfrage vom Jahresbeginn 2013 übersteigt der Anteil der Unternehmen, die ange-

## 5. Produktion und Arbeitsmarkt

---

ben, eine Ausweitung ihrer Belegschaft zu planen, weiterhin den der Unternehmen, die einen Beschäftigungsabbau planen, wenn auch nur geringfügig. Das ifo-Beschäftigungsbarometer schließlich ist seit Oktober leicht gestiegen.

Bei dem von uns prognostizierten Anziehen der Produktion und dem verlangsamten Anstieg der realen Lohnstückkosten dürfte sich der Beschäftigungsaufbau im Prognosezeitraum wieder beschleunigen. Das Arbeitsvolumen dürfte im Verlauf dieses Jahres um 0,7% und im Verlauf des kommenden Jahres um 0,8% zulegen. Zwar ergibt sich für den Jahresdurchschnitt 2013 noch ein Rückgang um 0,2%, dieser ist jedoch allein dem hohen statistischen Unterhang aus 2012 von 0,6%-Punkten geschuldet. Wenn bei zunehmender Kapazitätsauslastung die Arbeitszeitkonten wieder aufgefüllt und vermehrt Überstunden geleistet werden, dürfte sich auch die durchschnittliche Arbeitszeit nach den Rückgängen im vergangenen Jahr wieder erhöhen, wenngleich in geringerem Tempo als das Arbeitsvolumen.

Beschäftigungs-  
aufbau setzt  
sich fort

Vor diesem Hintergrund erwarten wir einen Anstieg der Erwerbstätigkeit um 155 000 im Verlauf dieses Jahres und um 335 000 im nächsten Jahr. Jahresdurchschnittlich entspricht dies einem Plus von 0,4% bzw. 0,6%. Wie stark die Ausweitung der Erwerbstätigkeit die Arbeitslosigkeit beeinflusst, hängt von der Änderung des Arbeitsangebots ab. Die heimische Erwerbsbevölkerung geht im Prognosezeitraum demographisch bedingt deutlich zurück.<sup>9</sup> Die Zuwanderung dürfte jedoch aufgrund der anhaltend angespannten Beschäftigungssituation in den europäischen Krisenländern und der in 2014 anstehenden Aufhebung der Freizügigkeitsbeschränkungen für Bulgarien und Rumänien weiter zunehmen. Wir gehen davon aus, dass der Zuwanderungseffekt den demographischen Effekt überkompensiert und das Erwerbspersonenpotenzial im Prognosezeitraum noch weiter steigen wird. Hinzu kommt, dass die Stille Reserve, aufgrund der weiteren Rückführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und der schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters, weiter sinken dürfte. Daher prognostizieren wir, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit erneut hinter dem Anstieg der Erwerbstätigkeit zurückbleiben wird. Wir erwarten, dass die Zahl der Arbeitslosen im Verlauf dieses Jahres um 80 000 und 2014 um 225 000 zurückgehen wird. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich damit eine Arbeitslosenquote von 6,8% bzw. 6,4%.

Arbeitslosigkeit  
geht weiter  
zurück

---

<sup>9</sup> Das IAB (2012: 7) schätzt, dass die demographische Komponente des Erwerbspersonenpotenzial in diesem Jahr um 170 000 reduziert, wobei die zu erwartende höhere Erwerbsbeteiligung Älterer bereits berücksichtigt ist.

# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

## 4. Löhne und Preise

### 4.1. Lohnanstieg setzt sich ungebremst fort

Der Lohnanstieg hat sich im vergangenen Jahr deutlich beschleunigt. Die tariflichen Stundenlöhne stiegen unter Berücksichtigung der tariflich vereinbarten Einmal- und Sonderzahlungen um 2,6%. Ursächlich hierfür dürfte neben der guten Arbeitsmarktlage vor allem die gute Konjunktur in 2011 gewesen sein, die höhere Lohnabschlüsse nach sich zog. Neben der Metallindustrie und dem Kfz-Gewerbe verzeichneten vor allem die Beamten eine erhebliche Zunahme der Bezüge. Dabei handelt es sich allerdings um einen Nachholeffekt. Ihnen war das Weihnachtsgeld zwischen 2006 und 2011 wegen der angespannten Finanzlage des Staates gekürzt worden, die Kürzungen werden nun verteilt über den Zeitraum 2012-2018 zurückgezahlt. Die Effektivlöhne legten im vergangenen Jahr je Stunde gerechnet noch stärker - um 3,3%- zu, je Arbeitnehmer gerechnet jedoch nur geringfügig stärker als die Tariflöhne (Tabelle 9). Dieser Unterschied in der Lohndrift ist maßgeblich auf eine im vergangenen Jahr vergleichsweise geringe Zahl von Arbeitstagen zurückzuführen. Zudem dürften bei nachlassender Konjunktur vermehrt Überstunden abgebaut worden sein, denn die Arbeitszeit war deutlich rückläufig.

Tariflöhne  
stiegen 2012  
um 2,5%

**Tabelle 9**

#### Löhne und Lohnkosten

2010 bis 2014; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2010	2011	2012	2013 <sup>P</sup>	2014 <sup>P</sup>
<b>Je Arbeitnehmer</b>					
Tariflöhne	1,6	1,8	2,5	2,8	2,6
Bruttolöhne und -gehälter (Effektivlöhne)	2,3	3,3	2,7	2,6	2,8
Lohndrift	0,7	1,6	0,2	-0,2	0,2
<b>Je Stunde</b>					
Tariflöhne	1,5	1,7	2,6	2,8	2,5
Bruttolöhne und -gehälter (Effektivlöhne)	0,2	3,2	3,3	3,4	2,6
Lohndrift	-1,4	1,5	0,7	0,6	0,1
Arbeitskosten (nominal)	0,2	2,9	3,1	3,1	2,5
Arbeitskosten (real)	-0,7	2,1	1,8	1,5	0,8
Lohnstückkosten (nominal)	-1,6	1,2	2,8	2,2	1,3
Lohnstückkosten (real)	-2,5	0,4	1,5	0,7	-0,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - <sup>1</sup>Im Inland. - <sup>P</sup>Eigene Prognose.

## 4. Löhne und Preise

Für viele Branchen liegen für 2013 bereits Lohnabschlüsse vor, in einigen sogar schon für 2014. Diese lassen für dieses Jahr einen Anstieg der tariflichen Stundenlöhne von nochmals 2,8% erwarten. Die effektiven Stundenlöhne werden wohl um 3,4% zulegen. Pro Kopf bleibt der Anstieg der Effektivlöhne (2,6%) leicht hinter dem der Tariflöhne (2,8%) zurück. Der Unterschied ist einerseits auf einen erneuten Arbeitstageffekt zurückzuführen<sup>10</sup>, andererseits führt ein statistischer Unterhang bei der Arbeitszeit aus 2012 dazu, dass sie jahresdurchschnittlich in 2013 nochmals sinkt, auch wenn sie im Verlauf bereits wieder steigt.

Da sich konjunkturelle Veränderungen infolge langer Vertragslaufzeiten in der Regel erst verzögert in den Tariflohnsteigerungen niederschlagen, dürfte die zuletzt schwächere Auftragslage sich erst 2014 in niedrigeren Tariflohnsteigerungen von dann 2,5% bemerkbar machen. Bei der dann erwarteten konjunkturellen Belebung und der zunehmenden Knappheit am Arbeitsmarkt ist jedoch mit wieder zunehmenden außertariflichen Zahlungen zu rechnen. So dürfte der Anstieg der effektiven Stundenlöhne mit 2,6% leicht darüber liegen, die Lohndrift wäre also trotz einer höheren Zahl von Arbeitstagen als in diesem Jahr erneut positiv. Pro Kopf gerechnet würde der Anstieg mit 2,8% entsprechend stärker ausfallen.

Die Lohnkosten auf Stundenbasis dürften in diesem Jahr erneut etwas stärker zulegen als die Produktivität, so dass ein leichter Anstieg der realen Lohnstückkosten um 0,5% zu erwarten ist. Im kommenden Jahr führt die höhere Anzahl von Arbeitsstunden zu einem geringeren Anstieg der Lohnkosten. Da gleichzeitig mit zunehmender Kapazitätsauslastung die Produktivität deutlich rascher steigen dürfte, erwarten wir einen Rückgang der realen Lohnstückkosten um 0,5%.

### 4.2 Inflation zieht leicht an

In den vergangenen Monaten hat sich die Inflation deutlich abgeschwächt. Betrug der Preisauftrieb im September noch 2,0%, verringerte er sich auf 1,5% im Februar. Maßgeblich für den Rückgang waren insbesondere die Preise für Mineralölprodukte. Diese lagen im September 2012 noch um 10,4% über dem Vorjahresniveau, im Februar 2013 jedoch um 3,5% darunter. Demgegenüber war Strom im Februar 12,4% teurer als vor einem Jahr. Zwar steigen die Strompreise erfahrungsgemäß stets zu Jahresbeginn deutlich, da Energieversorger ihre Preise meist zum Jahresbeginn anpassen. Im Januar dieses Jahres fiel die Tarifierhebung mit 9,9% im

Bisherige Lohnrunden deuten weiterhin deutlichen Lohnanstieg an

Strompreise rund 10% gestiegen

<sup>10</sup> Durch die in diesem Jahr gegenüber 2012 geringere Anzahl von Arbeitstagen fällt der Anstieg des Stundenlohns höher aus als der des Monatslohns, da die meisten Arbeitnehmer monatlich fixierte Gehälter erhalten.

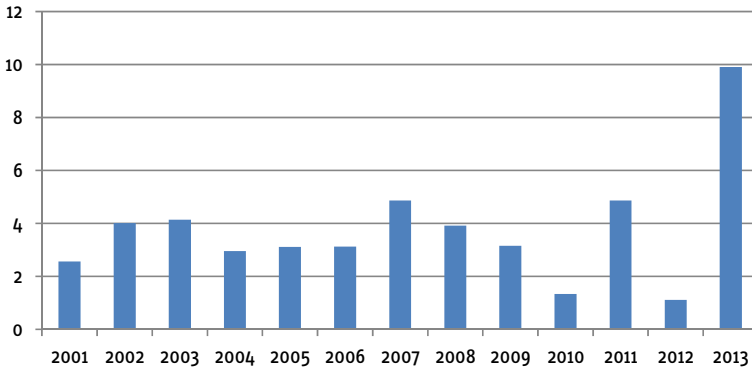


# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Schaubild 7**

**Veränderung des Strompreises für private Haushalte im Januar**

2001 bis 2013, Vormonatsveränderungen in %



*Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.*

längerfristigen Vergleich jedoch ausgesprochen kräftig aus (Schaubild 7). Dies ist wohl im Wesentlichen auf die Anhebung der EEG-Umlage auf 5,277 ct/kWh zurückzuführen. Inflationsmindernd wirkte hingegen der Wegfall der Praxisgebühr zum Jahreswechsel, der für sich genommen den Verbraucherpreisindex um 0,2% reduzierte.

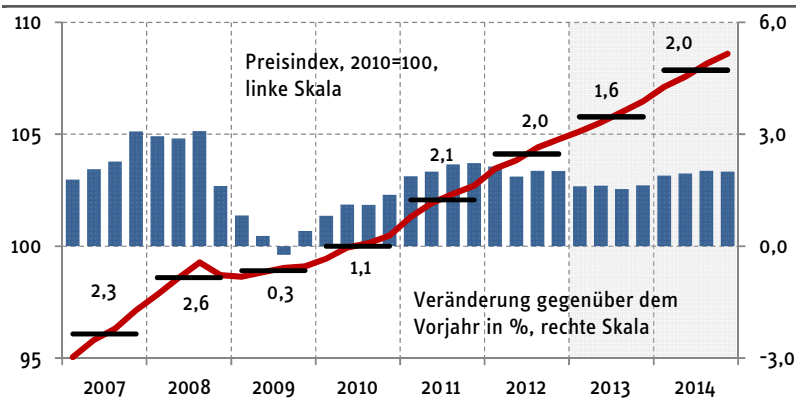
Inflation  
vorerst durch  
Basiseffekte  
gedämpft

Für den Prognosezeitraum erwarten wir einen moderaten Anstieg der Verbraucherpreise. Der Preisauftrieb aufgrund außenwirtschaftlicher Faktoren dürfte gering bleiben. Die Einfuhrpreise steigen nur wenig, auch weil viele Länder im Euro-Raum derzeit dabei sind, ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Der binnenwirtschaftliche Preisdruck dürfte hingegen zunehmen. Der Anstieg der Kapazitätsauslastung wirkt im Prognosezeitraum inflationstreibend, gestiegene Arbeitskosten können aber zu einem erheblichen Teil durch Produktivitätssteigerungen ausgeglichen werden, so dass sich die Lohnstückkosten nur moderat erhöhen dürften.

Zu Beginn des kommenden Jahres wird die Inflation durch verschiedene Basiseffekte überlagert. Insbesondere läuft der dämpfende Effekt der Abschaffung der Praxisgebühr aus. Erhöht wird die Teuerungsrate auch durch den bereits beschlossenen Anstieg der Tabaksteuer. Leicht dämpfende Effekte dürften hingegen vom Strompreis ausgehen. Der Basiseffekt der deutlichen Strompreiserhöhung zu

## 4. Löhne und Preise

**Schaubild 8**  
**Verbraucherpreise in Deutschland**  
2007 bis 2014



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Beginn diesen Jahres dürfte auslaufen und der Strompreis im kommenden Jahr deutlich moderater steigen.<sup>11</sup> Demgegenüber dürfte sich mit weiter steigender Kapazitätsauslastung der Anstieg der konjunkturabhängigen Preise in 2014 beschleunigen. Das aufgrund der Ausrichtung der Geldpolitik auf den Euro-Raum niedrige Zinsniveau dürfte für Deutschland deutlich expansiv wirken und so den internen Preisdruck befeuern. Hiervon dürften auch andere Anlageklassen wie Immobilien betroffen sein. Bedingt hierdurch dürften auch die Mieten im Prognosezeitraum stärker angehoben werden. Höhere gesetzliche Anforderungen an die Energieeffizienz von Neubauten sowie die gesteigerte Umbautätigkeit der vergangenen Jahre dürften hierzu beitragen.<sup>12</sup>

Vor diesem Hintergrund erwarten wir einen Anstieg der Verbraucherpreise von 1,6% in diesem und 2,0% im kommenden Jahr.

Höhere  
Teuerung im  
kommenden Jahr

<sup>11</sup> Ein Grund hierfür dürfte eine deutlich geringere Zunahme der EEG-Umlage sein. So gingen 0,67 ct/kWh der Erhöhung der EEG-Umlage von Januar 2013 um ca. 1,7 ct/kWh auf die Notwendigkeit eines Ausgleichs des EEG-Kontos zurück. Ein Fehlbetrag zum Jahresende 2013 in ähnlicher Höhe erscheint durch die starke Erhöhung der Umlage unwahrscheinlich.

<sup>12</sup> Bei der bei Mieten angewendeten hedonischen Preismessung des Statistischen Bundesamtes wird zwar für Qualitätsunterschiede der Objekte kontrolliert, die Energieeffizienz scheint jedoch keine Berücksichtigung zu finden (zur Beschreibung des Verfahrens siehe Dechent 2008).

## 5. Strukturell annähernd ausgeglichener Staatshaushalt

Staat erzielt  
erstmals seit  
fünf Jahren  
einen  
Überschuss

Die Finanzlage des Staates hat sich im vergangenen Jahr deutlich entspannt. Nach einem gesamtstaatlichen Budgetdefizit von knapp 20 Mrd. € im Jahr 2011 wurde ein Überschuss von 4 Mrd. € (0,2% in Relation zum BIP) erzielt. Da zugleich das Produktionspotenzial annähernd ausgelastet war, wurde zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung ein strukturell leicht überschüssiger Staatshaushalt erzielt. Dabei verbesserte sich die Haushaltslage auf allen staatlichen Ebenen: Der Bund und die Länder konnten ihre Budgetdefizite auf 12,5 Mrd. € bzw. 6,8 Mrd. € ungefähr halbieren, und die Gemeinden und die Sozialversicherungen erhöhten ihre Überschüsse von 1,9 auf 6,1 Mrd. € bzw. von 15,9 auf 16,1 Mrd. €.

Die verbesserte Finanzlage ist zum einen den Konsolidierungsbemühungen zu verdanken, insbesondere den Maßnahmen aus dem „Zukunftspaket“ (Döhrn et al. 2011b: 80); zusammen mit dem Auslaufen der investitionsfördernden Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm belief sich der restriktive finanzpolitische Impuls auf 0,5% in Relation zum BIP (Döhrn et al. 2012: 73). Zum anderen war die Struktur der Entstehung und Verwendung des BIP steuer- und abgabenergiebig, da die Bruttolöhne und -gehälter und die nominalen privaten Konsumausgaben deutlich zulegen. Schließlich profitierte der Staat von progressionsbedingten Mehreinnahmen, von äußerst günstigen Finanzierungskonditionen und von rückläufigen Arbeitsmarktausgaben.

Bad Banks  
bewirken  
höheren  
Schuldenstand  
des Staates

Trotz des überschüssigen Staatshaushalts erhöhte sich die Staatsschuldenquote von 80,5 auf 81,7% (Schaubild 9). Ausschlaggebend hierfür war, dass im Zuge der Abwicklung der WestLB weitere Verbindlichkeiten und Forderungen an die zum Staatssektor zählende Erste Abwicklungsanstalt (EAA) übertragen wurden. Zudem trugen die Maßnahmen zur Eindämmung der europäischen Staatsschuldenkrise, insbesondere die Kredite der Europäischen Finanzstabilitätsfazilität (EFSF) an Griechenland sowie Kapitaleinlagen beim Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und bei der Europäischen Investmentbank zur Zunahme des Schuldenstands bei<sup>13</sup>.

Im laufenden Jahr wird sich voraussichtlich der Anstieg der Staatseinnahmen von 3,4 auf 1,5% verlangsamen. Ausschlaggebend hierfür ist, dass das Steueraufkommen, das mehr als die Hälfte der Staatseinnahmen ausmacht, mit voraussichtlich 1,3% nicht mehr so kräftig sprudelt wie im Vorjahr (4,9%). Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass Steuerrechtsänderungen das Aufkommen – anders als im Vorjahr – mindern (Tabelle 10): So wurde der steuerliche Grundfreibetrag bei der

<sup>13</sup> Zu den vom EFSF vergebenen Krediten und zu den in den ESM eingezahlten Kapitaleinlagen vgl. BMF (2013), Europäische Finanzhilfen im Überblick (Stand: 28. Februar 2013).

## 5. Öffentliche Finanzen

Einkommensteuer angehoben, um das gestiegene Existenzminimum freizustellen<sup>14</sup>; zudem führt die Anhebung der Verdienstgrenzen für geringfügige Beschäftigung zu geringen Steuerausfällen<sup>15</sup>. Zwar werden auch kommunale Abgaben angehoben und in Hessen die Grunderwerbsteuer erhöht; dies gleicht aber die Steuerausfälle bei weitem nicht aus. Zum anderen dämpft die schwächere Konjunktur den Zuwachs des Aufkommens. So werden die Bruttolöhne und -gehälter nicht mehr so stark zunehmen und die Ertragslage der Unternehmen hat sich merklich eingetrübt.

Das Beitragsaufkommen der Sozialversicherung dürfte in diesem Jahr mit 1,4% ebenfalls erheblich schwächer zunehmen als im Vorjahr (2,7%). Zum Teil ist auch dies Folge der konjunkturellen Abkühlung. Allerdings wurden auch die Beitragssätze per saldo deutlich gesenkt. Insbesondere wurden der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung zu Jahresbeginn von 19,6 auf 18,9% reduziert<sup>16</sup>, da die sich auf 1,5 Monatsausgaben belaufende Obergrenze für die Rücklagen der Versicherung dank der im vergangenen Jahr kräftig gestiegenen Beitragseinnahmen zum Jahresende 2012 überschritten wurde. Geringe Mindereinnahmen resultieren auch aus der Anhebung der Verdienstgrenzen für geringfügige Beschäftigung. Der Beitragssatz zur Pflegeversicherung wurde hingegen von 1,95 auf 2,05% angehoben, um die aus der Leistungsausweitung für demenzkranke Pflegebedürftige resultierenden Mehrausgaben zu finanzieren; außerdem wurde die Insolvenzgeldumlage von 0,04 auf 0,15% erhöht.

Schwächerer Anstieg der Einnahmen der Sozialversicherungen

Die empfangenen Vermögenseinkommen des Staates dürften nach einem kräftigen Rückgang im Vorjahr um knapp 5% zulegen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Erträge aus dem nach Auflösung der WestLB Mitte 2012 kräftig aufgestockten Portfolio der EAA erstmals ganzjährig fließen. Andererseits blieb die Gewinnabführung der Bundesbank mit 664 Mill. € hinter den Haushaltsansätzen zurück.

Im Jahr 2014 dürften die Staatseinnahmen mit 3,8% beschleunigt steigen. Das Steueraufkommen wird voraussichtlich um 4,9% zulegen. Es profitiert von der anziehenden Konjunktur und von „heimlichen“ Steuererhöhungen. Steuerrechtsän-

<sup>14</sup> Durch das Gesetz zum Abbau der kalten Progression wird der steuerliche Grundfreibetrag in zwei Schritten angehoben – zum 1. Januar 2013 um 126 € auf 8 130 € und zum 1. Januar 2014 um 224 € auf 8 354 €. Der Eingangssteuersatz von 14% bleibt konstant.

<sup>15</sup> Die Arbeitsentgeltgrenze bei geringfügiger Beschäftigung wurde zum 1. Januar 2013 von 400 auf 450 € angehoben. Als Folge davon wurde die Grenze für das monatliche Gleitzoneentgelt von 800 auf 850 € erhöht.

<sup>16</sup> Auch in der knappschaftlichen Rentenversicherung wurde der Beitragssatz gesenkt, und zwar von 26 auf 25,1%.

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Tabelle 10**

### Änderungen von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen<sup>1</sup>

Haushaltsentlastungen(+) und -belastungen (-) gegenüber 2012 in Mrd. €

	2013	2014
Steuervereinfachungsgesetz 2011	0,2	0,2
Alterseinkünftegesetz	-0,9	-1,5
Erhöhung der Tabaksteuer	0,2	0,4
Kernbrennstoffsteuer	-0,2	-0,2
Erhöhung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer	-0,8	-2,4
Umsetzung von EUGH-Urteilen zur Besteuerung von Dividenden	-2,5	-0,6
Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des Reisekostenrechts		-0,2
Sonstige steuerliche Maßnahmen	-1,8	-0,7
Anhebung der Minijobgrenze von 400 auf 450 €	-0,3	-0,3
Einführung der LKW-Maut auf Bundesstraßen ab 1. August 2012	0,1	0,2
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2013 um 0,6 Prozentpunkte auf 18,9%	-7,0	-7,4
Erhöhung des allgemeinen Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Januar 2013 um 0,1 Prozentpunkte auf 2,05%	1,1	1,2
Anhebung der Insolvenzgeldumlage zum 1. Januar 2013 von 0,04 auf 0,15%	0,6	0,6
Kürzung disponibler Bundesausgaben	0,5	1,0
Einsparungen im Haushaltsvollzug bei Ländern und Gemeinden	0,5	1,0
Aufstockung des Verkehrsetats beim Bund	-0,6	-0,1
Zusätzliche Ausgaben des Bundes zur energetischen Sanierung von Bundesgebäuden	-0,4	
Kürzung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen	0,4	0,5
Einführung des Betreuungsgeldes	-0,2	-1,0
Schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage	0,7	1,0
Eingriffe in der Rentenformel	2,6	3,3
Stellenabbau bei der Bundesagentur für Arbeit	0,2	0,4
Verlängerung des Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld	-0,1	-0,1
Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung	-0,1	-0,1
Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung	-1,0	-1,1
Abschaffung der Praxisgebühr bei Arztbesuchen	-1,8	-1,8
Private Zusatzpflegeversicherung (Pflege-Bahr)	-0,1	-0,1
Honorarerhöhungen bei niedergelassenen Ärzten	-1,1	-1,1
<b>Insgesamt</b>	<b>-11,8</b>	<b>-8,9</b>
in Relation zum nominalen BIP in %	-0,4	-0,3

Quellen: BMF, Berechnungen und Schätzungen des RWI. – <sup>1</sup> Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bankenkrise und der europäischen Staatsschuldenkrise.

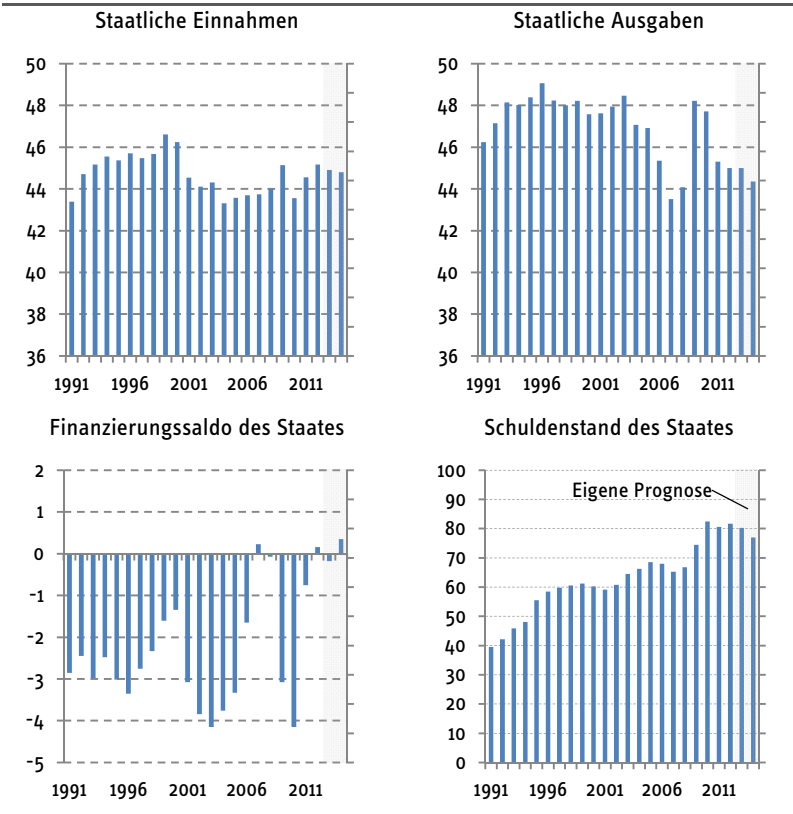
derungen wie die weitere Erhöhung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer sowie die Verdopplung des Verlustrücktrages und die Vereinfachung der Durchführung des Gewinnabführungsvertrags mindern hingegen das Aufkommen. Auch das

## 5. Öffentliche Finanzen

Beitragsaufkommen der Sozialversicherung wird mit 2,9% rascher steigen, da die Bruttolöhne und -gehälter verstärkt zunehmen. Hingegen dürften die Vermögens-einkommen des Staates leicht abnehmen, da die Portfolios der „Bad Banks“ abgebaut werden, die Rücklagen der Sozialversicherungen sinken und die Zinssätze für bilaterale Kredite an Griechenland gesenkt wurden.

Die Staatsausgaben, die 2012 wegen konjunkturbedingter Entlastungen und einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik nur moderat um 1,3% gestiegen sind, dürften im

**Schaubild 9**  
**Finanzwirtschaftliche Indikatoren**  
 1991 bis 2014; in % des nominalen BIP



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und des BMF. 2013 und 2014: Eigene Prognose.

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

laufenden Jahr um 2,3% zulegen. Vor allem die Ausgaben für soziale Sachleistungen dürften mit 4,7% kräftig expandieren, weil zum einen die Honorare für niedergelassene Ärzte von den gesetzlichen Krankenkassen kräftig angehoben und zum anderen die Leistungen für demenzkranke Pflegebedürftige im Zuge der Neuausrichtung der Pflegeversicherung deutlich ausgeweitet wurden. Zudem wurde die Praxisgebühr abgeschafft; diese wird in den VGR als Minderung der sozialen Sachleistungen gebucht.

Investitionen  
des Staates  
steigen wieder  
leicht

Auch die Investitionen des Staates, die im Vorjahr durch das Auslaufen des Investitionsprogramms kräftig gesunken sind, dürften um 2,9% zulegen, da sich die Finanzlage der Gemeinden, auf die rund 50% der staatlichen Investitionen entfallen, gebessert hat und der Ausbau von Kindertagesstätten vorangetrieben werden soll.

Die vom Staat zu zahlenden Arbeitnehmerentgelte werden mit 2,5% stärker zunehmen als im Vorjahr (1,8%), da die Löhne der Beschäftigten der Länder merklich angehoben wurden<sup>17</sup>. Auch wird der Personalbestand wohl etwas aufgestockt werden; bei der Bundeswehr fallen weiterhin Stellen weg, doch dürften die Gemeinden zusätzliches Personal für die Ganztagsbetreuung von Kindern einstellen. Entlastend wirken hingegen die geringeren Rentenbeiträge.

Die monetären Sozialleistungen dürften mit 1,8% ebenfalls verstärkt zunehmen. Insbesondere dürften die Rentenausgaben deutlich expandieren, da die kräftige Rentenerhöhung aus dem Vorjahr noch nachwirkt und der hohe Anstieg der Pro-Kopf-Verdienste im Jahr 2012 eine deutliche Rentenerhöhung zur Jahresmitte 2013 erwarten lässt, zumal der Anstieg nur noch in Westdeutschland zum Ausgleich der in den Jahren 2005 bis 2010 unterbliebenen Rentenkürzungen gedämpft wird. Zudem wurden die sozialen Leistungen ausgeweitet. So wurden das „Betreuungs-geld“ eingeführt, die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld verlängert und die Hartz-IV-Leistungen aufgestockt.

Niedriges  
Zinsniveau  
dämpft  
Anstieg der  
Zinsausgaben

Die Zinsausgaben des Staates dürften im laufenden Jahr um 0,5% moderat steigen. Zwar ist die Erhöhung des Portfolios der EAA mit höheren Zinszahlungen verbunden, doch können auslaufende Kredite aufgrund des ausgesprochen niedrigen Zinsniveaus sehr günstig refinanziert werden. Zudem werden Portfolios der „Bad Banks“ und die daraus resultierenden Zinslasten abgebaut. Die Vermögensübertragungen werden erheblich geringer ausfallen als im vergangenen Jahr, in dem im Zusammenhang mit der Abwicklung der WestLB einmalige Mehraufwen-

<sup>17</sup> Der Tarifabschluss mit einer Laufzeit von zwei Jahren sieht unter anderem eine Gehaltserhöhung von 2,65% ab Januar 2013 sowie eine weitere Steigerung ab Januar 2014 um 2,95% vor.

## 5. Öffentliche Finanzen

---

dungen in Höhe von 3 Mrd. € anfielen; ausgabensenkend wirkt die schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage.<sup>18</sup>

Im Jahr 2014 dürften die Staatsausgaben um 2,5% expandieren. Bei weiterhin guter Kassenlage der Kommunen werden die öffentlichen Investitionen erneut deutlich um 6,5% steigen. Die Ausgaben für soziale Sachleistungen, deren Anstieg in diesem Jahr durch eine Reihe von ausgabensteigernden Effekten überhört ist, werden mit 3,5% schwächer zunehmen. Die Arbeitnehmerentgelte der beim Staat Beschäftigten dürften um 3% zulegen, weil bei dem im kommenden Jahr anstehenden Tarifabschluss von Bund und Kommunen angesichts des verbesserten gesamt- und finanzwirtschaftlichen Umfeldes mit einer deutlichen Steigerung zu rechnen ist. Die monetären Sozialleistungen dürften um 1,9% expandieren. Zwar werden die Ausgaben zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit sinken, doch ist mit einer merklichen Rentensteigerung zu rechnen, da die Löhne je Beschäftigtem auch 2013 deutlich steigen dürften und kein Ausgleichsbedarf mehr für die zuvor unterbliebenen Rentenkürzungen besteht. Die Zinsausgaben dürften aufgrund des anhaltenden Abbaus der Portfolios der „Bad Banks“ sinken; auch wirken die weiterhin günstigen Refinanzierungsbedingungen entlastend, wenn auch die Zinsen im Verlauf des kommenden Jahres allmählich anziehen dürften.

Weil sich die Konjunktur zum Jahreswechsel 2012/2013 deutlich abgekühlt hat und der Konsolidierungskurs im Vorfeld der im Herbst anstehenden Bundestagswahl gelockert wurde, dürfte sich die Lage der öffentlichen Haushalte in diesem Jahr verschlechtern. Voraussichtlich wird der Staat ein Budgetdefizit von knapp 6 Mrd. € bzw. 0,2% des BIP hinnehmen müssen. Im nächsten Jahr ist infolge der konjunkturellen Erholung mit einem Überschuss von 10 Mrd. € (0,4% des BIP) zu rechnen, vorausgesetzt die neue Bundesregierung schwenkt nach der Bundestagswahl zurück auf den Konsolidierungskurs.

Nach unserer Einschätzung wird der Bund im Projektionszeitraum sein strukturelles Defizit abbauen, doch saniert er seinen Haushalt auf Kosten der Sozialversicherungen. Er reduziert seine Zuschüsse an den Gesundheitsfonds, der erhebliche Rücklagen aufweist, um 3,5 Mrd. € und seine Zahlungen an die gesetzliche Rentenversicherung um 1 Mrd. € im Jahr 2013 und um jeweils 1,25 Mrd. € in den Jahren 2014 bis 2016. Zudem wird in diesem Jahr die Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung bei gleichzeitigem Wegfall des von der Bundesagentur für Arbeit an den Bund zu leistenden Eingliederungsbeitrags gestrichen, was den Bundes-

---

Staatshaushalt  
in diesem Jahr  
wieder mit  
Defizit

---

---

Bund senkt  
Fehlbetrag  
zu Lasten  
der Sozial-  
versicherung

---

---

<sup>18</sup> Die Eigenheimzulage wurde 2006 abgeschafft. Da die Förderung bis dahin für acht Jahre gewährt wurde, ist 2013 das letzte Jahr, in dem der Staatshaushalt durch die Abschaffung entlastet wird. Allerdings wird es 2014 und auch 2015 noch Nachwirkungen geben.



## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

---

haushalt per saldo um rund 2 Mrd. € entlastet. Dies führt zusammen mit den zu Beginn dieses Jahres deutlich gesenkten Sozialabgaben dazu, dass die hohen Überschüsse der Sozialversicherungen merklich schrumpfen.

Die verbesserte Finanzlage der Gebietskörperschaften und der Anstieg des nominalen BIP würden für sich genommen die Staatsschuldenquote in diesem und dem kommenden Jahr um insgesamt knapp 5%-Punkte senken. Daneben sinkt die Schuldenquote, weil die mit der Gründung der staatlichen „Bad Banks“ übernommenen Risikoaktiva und die damit verbundenen Verbindlichkeiten abgebaut werden. Die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Stabilisierung der EWU dürften die Schuldenquote nach Einschätzung des BMF in diesem und dem kommenden Jahr um mehr als 2%-Punkte erhöhen (BMF 2012). Alles in allem dürfte sich die Staatsschuldenquote in diesem Jahr auf rund 80% und im kommenden Jahr auf rund 77% belaufen.

### 6. Zur Wirtschaftspolitik

Die deutsche Wirtschaft litt im vergangenen Jahr zunehmend unter der nachlassenden Expansion im Ausland, insbesondere der Rezession im Euro-Raum. Dies dämpfte nicht nur die Exporte, sondern schlug sich auch in rückläufigen Unternehmensinvestitionen nieder, und führte letztlich zu einem Rückgang des BIP im vierten Quartal 2012. Dies war allerdings allem Anschein nach nicht der Beginn einer neuen Rezession, sondern nur eine vorübergehende Schwächephase. Neben einem wieder günstigeren weltwirtschaftlichen Umfeld leistet auch die Wirtschaftspolitik einen Beitrag dazu, dass sich der Aufschwung im Prognosezeitraum voraussichtlich fortsetzt. Die Geldpolitik der EZB wirkt in Deutschland schon seit längerem stimulierend, und dies dürfte auch im Prognosezeitraum so bleiben. Die Finanzpolitik setzt ihren Konsolidierungskurs im Jahr 2013 aus und wird, wenn auch nur leicht, expansiv ausgerichtet sein. Dämpfend auf die deutsche Konjunktur wirkt nach wie vor der in vielen Ländern des Euro-Raums erhebliche Anpassungsbedarf sowohl im privaten Sektor als auch in den staatlichen Haushalten.

Die expansive Geldpolitik der EZB hat, manchen Befürchtungen zum Trotz, bisher nicht zu einem deutlich höheren Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland geführt. Im Gegenteil, die Teuerung ist nach wie vor geringer als im Durchschnitt des Euro-Raums, auch wenn der Preisauftrieb dort nicht unwesentlich durch Erhöhungen von indirekten Steuern und administrierten Preisen bedingt ist. Allerdings steigen hierzulande inzwischen die Preise von Vermögensgütern. Insbesondere ist seit einiger Zeit eine deutliche Aufwärtstendenz der Immobilienpreise festzustellen. Auch die Aktienkurse sind in jüngster Zeit deutlich aufwärtsgerichtet. Es bleibt abzuwarten, ob dies Ausdruck verbesserter Erwartungen bezüglich der Realwirt-

---

Preise von  
Vermögensgütern  
steigen

---

## 6. Zur Wirtschaftspolitik

---

schaft ist, womit die Kurse ein vorlaufender Indikator der Konjunktur wären, oder ob sich in dem jüngsten Aktienboom die weltweit reichlich vorhandene Liquidität niederschlägt.

Bisher sind weder der Anstieg der Immobilienpreise noch der der Aktienkurse als kritisch einzustufen, vergleicht man sie mit den Entwicklungen, die in früheren Jahren oder in anderen Ländern zur Bildung von Blasen geführt haben. Setzen sich diese Tendenzen aber fort, könnte sich ein Problem für die Wirtschaftspolitik ergeben. Auf eine Immobilienblase in Deutschland kann die EZB ebenso wenig reagieren wie sie auf die Blasen in Spanien und anderen Ländern reagieren konnte, da sie ihre Politik am Euro-Raum insgesamt ausrichtet. Folglich wäre bei einer Immobilienblase in Deutschland die nationale Wirtschaftspolitik gefordert. So könnte sie makroprudenzielle Maßnahmen wie Änderungen der Beleihungsgrenzen bei Immobilienkrediten ergreifen oder den finanzpolitischen Restriktionsgrad erhöhen.

---

Deutsche  
Wirtschaftspolitik  
müsste auf  
Immobilienblase  
reagierf

---

Ein Boom an den Aktienmärkten wäre aufgrund des starken Zusammenhangs zwischen den nationalen Märkten wahrscheinlich eher ein Problem für den gesamten Euro-Raum. Die Frage ist aber, ob die EZB aufgrund der vielfältigen Aufgaben, die sie im Zuge der Krise des Euro-Raums übernommen hat, auf einen solchen Boom reagieren würde und könnte. Ihre unkonventionellen Maßnahmen scheinen notwendig, um die Liquidität im Bankensektor und die Solvenz mancher Banken sicherzustellen. Zudem ist sie mit dem OMT-Programm, wenn auch konditioniert, das Versprechen eingegangen, notfalls die Liquidität von Staaten zu sichern.

Dies unterstreicht einmal mehr, wie wichtig es ist, dass die EZB ihre Handlungsfreiheit zurückgewinnt, indem sie von der Rolle befreit wird, bei Problemen im Euro-Raum immer wieder „Feuerwehr“ zu spielen. Ein wesentlicher Schritt wäre, wenn europäische Regeln in Kraft wären, die die Tragfähigkeit und Stabilität der Staatsfinanzen auf Dauer sichern. Momentan werden wiederholt ad-hoc-Entscheidungen getroffen, die neue Verunsicherung und Folgeprobleme schaffen können. So wurden die jüngsten Hilfen an Zypern an die Erhebung einer Solidaritätsabgabe auf Sparvermögen geknüpft. Welche Folgerungen werden nun Bürger anderer Staaten ziehen, bei denen zu befürchten ist, dass sie Hilfen der EU in Anspruch nehmen müssen? Werden sie ihre Ersparnisse von heimischen Banken abziehen und damit deren Probleme vergrößern?

---

Finanzpolitik  
muss Handlungs-  
freiheit der EZB  
wieder  
herstellen

---

Das RWI hat sich in der Vergangenheit für den vom Sachverständigenrat vorgeschlagenen Stabilitätspakt stark gemacht. Die jüngsten Erfahrungen zeigen, wie wichtig ein solcher Pakt für den Euro-Raum ist. Zum einen würden mit ihm verbindliche Regeln für die Staatsfinanzen eingeführt, zum anderen würde Zeit gekauft, weil Länder mit Verschuldungsproblemen eine Zeitlang vom Kapitalmarkt genommen würden. Letzteres könnte auch ein anderes Problem mildern, unter dem

# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

die Wirtschaft der Länder mit großem Konsolidierungsbedarf heute leidet. Ihnen würde nämlich eine planvollere Konsolidierung ermöglicht werden, die an die Wurzeln der Probleme vieler Länder geht. Man könnte die gewonnene Zeit für Strukturreformen nutzen. Bisher waren die Länder auf schnelle Sparerfolge bedacht und haben folglich prioritär Maßnahmen umgesetzt, die diese ermöglichen. So wurden zumeist die indirekten Steuern drastisch erhöht, und zugleich Renten und andere Transfers gekürzt, was die Konjunktur erheblich belastete.

Aktuelle  
Haushaltszahlen  
täuschen über  
wahre Lage  
der Staatsfinanzen

Die deutschen Staatsfinanzen sind verglichen mit denen in fast allen Ländern des Euro-Raums auf den ersten Blick in einer exzellenten Verfassung. Im vergangenen Jahr wurde ein kleiner Überschuss im Staatshaushalt erwirtschaftet. Für 2013 wurde zwar der Konsolidierungskurs gelockert, was zusammen mit der schwächeren Konjunktur zu einem Haushaltsfehlbetrag führen dürfte. Aber selbst der dürfte in Relation zum BIP mit 0,2% gering bleiben. Allerdings täuschen die aktuellen Haushaltszahlen aus mehreren Gründen über die wirkliche Lage der Staatsfinanzen hinweg.

Erstens ist die gute Finanzlage zu einem nicht unwesentlichen Teil den ungewöhnlich günstigen Finanzierungsbedingungen des deutschen Fiskus am Kapitalmarkt zu verdanken. Bei einem Zinsniveau, wie es in den Jahren vor der Eurokrise im Durchschnitt herrschte, würde sich der Finanzierungssaldo in Relation zum BIP um rund einen Prozentpunkt verschlechtern. Zweitens profitiert der Staat von heimlichen Steuererhöhungen, die durch die Anhebung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer nur unzureichend kompensiert werden. Heimliche Steuererhöhungen verstoßen aber gegen das Leistungsfähigkeitsprinzip und sollten an die Steuerzahler zurückgegeben werden. Drittens spiegelt der Finanzierungssaldo nur unzureichend die Risiken wieder, die der Staat im Zusammenhang mit der Bankenrettung und den Hilfen für andere Länder des Euro-Raums eingegangen ist. Diese werden zum überwiegenden Teil nicht defizitwirksam, weil ihnen Vermögensansprüche gegenüberstehen. Sollte es jedoch zu Forderungsausfällen kommen, könnte das Budgetdefizit sprunghaft steigen. Hinzu kommt, dass der Bund derzeit seinen Haushalt zu Lasten der Sozialversicherungen saniert. Dies alles zeigt, dass die Konsolidierung der Staatsfinanzen in Deutschland keineswegs abgeschlossen ist, trotz der guten Haushaltskennzahlen.

## 6.1. EZB gelingt Beruhigung der Finanzmärkte

Seit September 2012 hat die EZB den Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte unverändert bei 0,75% gelassen. Die Sätze der Spitzenrefinanzierungs- bzw. Einlagefazilität liegen bei 1,5% bzw. 0%. Die unkonventionellen Maßnahmen sind weiterhin in Kraft. Die Hauptrefinanzierungsgeschäfte werden mindestens bis Mitte

## 6. Zur Wirtschaftspolitik

2013 als Mengentender durchgeführt, die gelockerten Anforderungen und länder-spezifische Regelungen bezüglich notenbankfähiger Sicherheiten gelten weiter. Seit Beginn der Reserveerfüllungsperiode im Dezember 2012 sind zudem griechische Staatsanleihen sowie vom griechischen Staat garantierte marktfähige Schuldtitel, sofern sie die sonstigen Auflagen an notenbankfähige Sicherheiten erfüllen, wieder für geldpolitische Operationen zugelassen. Im Rahmen der verschiedenen Programme zum Ankauf von Wertpapieren hält das Eurosystem aktuell Papiere im Wert von 270 Mrd. €, etwa 9 Mrd. € weniger als noch Mitte September.<sup>19</sup> Im Rahmen der *Outright Monetary Transactions* (OMT) wurden bisher keine Papiere erworben.

Im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres kam es zu einer erneuten Verschärfung der europäischen Staatsschuldenkrise (Schaubild 10). Betroffen waren insbesondere die beiden großen südeuropäischen Mitgliedsstaaten Italien und Spanien. Die Umlaufrenditen zehnjähriger Anleihen dieser Länder stiegen im Juli auf durchschnittlich 6,0% (Italien) bzw. 6,8% (Spanien) und rentierten damit etwa 1,0% bzw. 1,6% mehr als noch im März. Als Ursache diagnostizierte die EZB ungerechtfertigte Befürchtungen über den Zusammenbruch des Euro-Raums und kündigte an, im Notfall unbegrenzt Staatsanleihen von Mitgliedsländern des Euro-Raums im Rahmen der OMT anzukaufen.<sup>20</sup>

Seit Ankündigung der OMT hat sich die Nervosität an den Finanzmärkten deutlich gelegt. So ist die Unsicherheit am deutschen Aktienmarkt, gemessen am VDAX, seit Juli 2012 wieder deutlich zurückgegangen, von etwa 30 Indexpunkten auf aktuell etwa 15 Indexpunkte. Auch haben sich die Aktienmärkte nach einem deutlichen Kursrückgang zur Mitte des vergangenen Jahres europaweit – auch in den Krisenländern – erholt; die Kurse befinden sich nun deutlich oberhalb des Niveaus vom Jahresbeginn.

Auf eine Beruhigung weist auch hin, dass sich die Risikoprämien am Geldmarkt in den vergangenen Monaten deutlich reduziert haben. So sank der Zinsaufschlag von unbesichertem gegenüber besichertem Dreimonatsgeld um etwa 55 Basispunkte auf durchschnittlich 19 Basispunkte im Februar. Die gehandelten Volumina sind

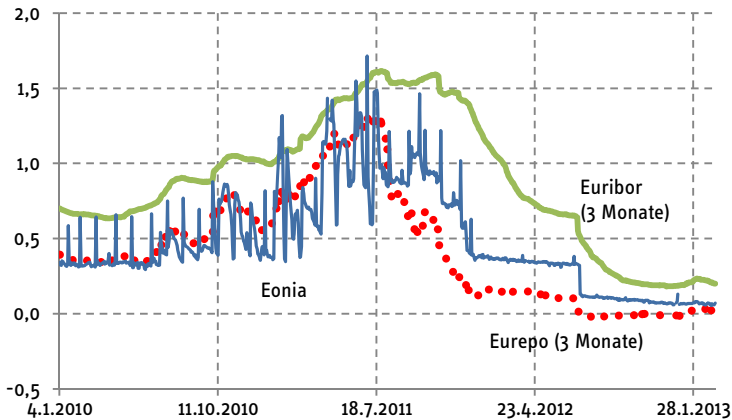
Nervosität  
an den  
Finanzmärkten  
spürbar geringer  
geworden

<sup>19</sup> Hiervon entfallen 205,3 Mrd. € auf das „Programm für die Wertpapiermärkte“ und 48,0 Mrd. € bzw. 16,3 Mrd. € auf das erste bzw. zweite Programm zum „Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen“.

<sup>20</sup> Die EZB hat die Ankäufe auf die Existenz eines vollständigen makroökonomischen EFSF/ESM-Anpassungsprogramms oder eines vorsorglichen Programms mit der Möglichkeit von EFSF/ESM-Primärmarktkaufen konditioniert.

# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Schaubild 10**  
**Ausgewählte Geldmarktzinsen im Euro-Raum**  
2010 bis 2013; in %



Nach Angaben der EZB und des EBF.

jedoch im vergangenen Jahr ebenfalls deutlich zurückgegangen, insbesondere im unbesicherten Segment.<sup>21</sup> Eine wesentliche Ursache hierfür dürften die dreijährigen längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte sein, die zum Jahreswechsel 2011/2012 eingeführt wurden und die das Bankensystem reichlich mit Zentralbankgeld versorgen.

Überschuss-  
liquidität  
abgebaut

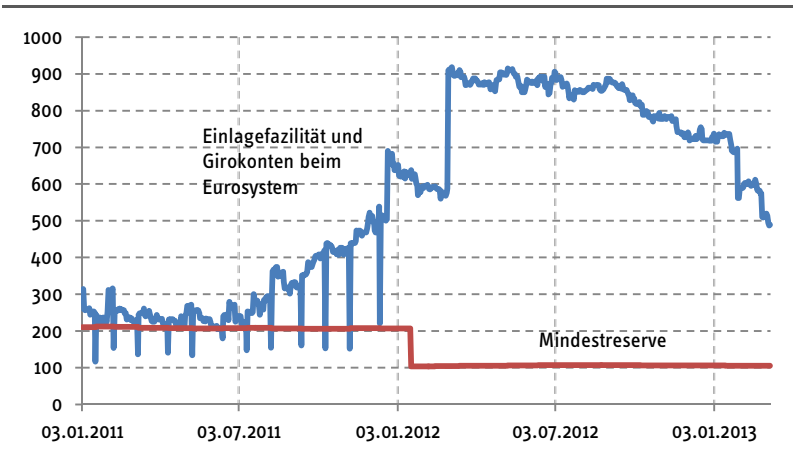
Zeitgleich mit der Einführung dieser Refinanzierungsgeschäfte schoss die Überschussliquidität im europäischen Bankensektor in die Höhe. Mit dem Abklingen der Nervosität an den Finanzmärkten wurde diese zunächst nur leicht und erst seit Januar 2013 deutlich abgebaut, als die Option der frühzeitigen Rückzahlung der LTRO bestand. Zum ersten Termin wurden 137 Mrd. € zurückgezahlt, insgesamt lag das Rückzahlungsvolumen Anfang März bei 225 Mrd. € (Schaubild 11).

Wenngleich in den vergangenen Monaten das Ausfallrisiko von Staatsanleihen wieder geringer veranschlagt wird, variiert die Kreditvergabe der Banken nach wie vor stark nach Herkunftsland. In Deutschland legte die Kreditvergabe im Januar sowohl an private Haushalte (1,4%) als auch an Unternehmen (0,9%) leicht zu (Schaubild 12). In den von der Krise stark betroffenen Ländern sind die Raten hinge-

<sup>21</sup> Im Vorjahresvergleich sanken die Volumina in diesem Segment um 38% (Leihe) bzw. 31% (Verleihe). Im besicherten Segment lagen die Rückgänge bei 16% (Leihe) bzw. 13% (Verleihe).

## 6. Zur Wirtschaftspolitik

**Schaubild 11**  
**Liquidität im Bankensektor im Euro-Raum**  
2011 bis 2013; in Mrd. €



Eigene Berechnungen nach Angaben der EZB.

gen weiter negativ. So sanken die Kredite an Haushalte in Spanien um 3,5%, in Italien um 1,2%. Die Kreditvolumina an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften nahmen im Vorjahresvergleich um 11,4% (Spanien) und 3,2% (Italien) ab.

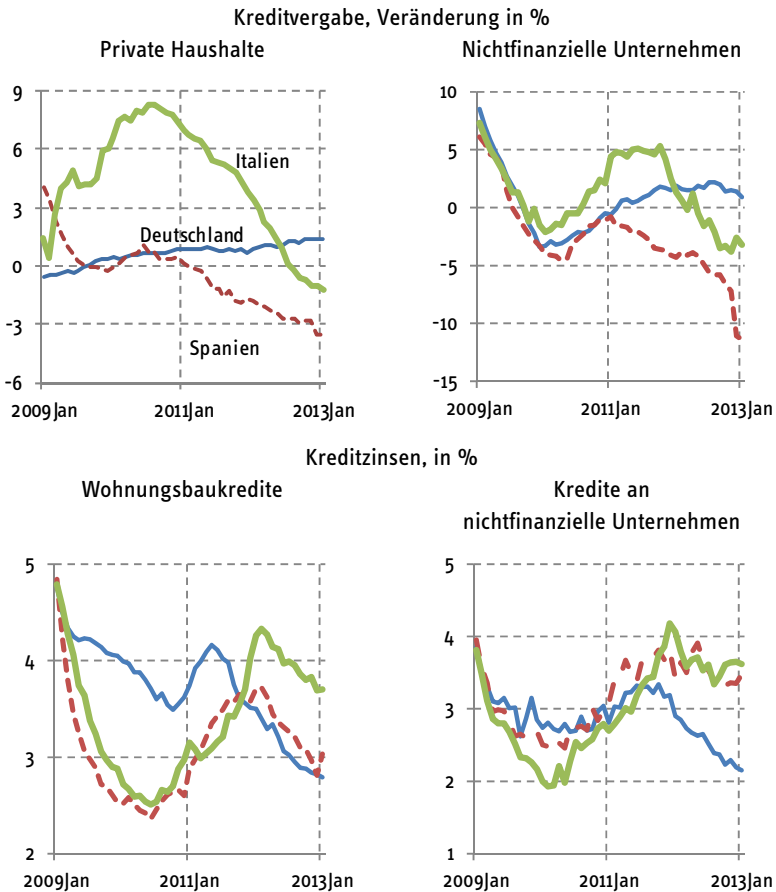
Auch die Zinsen im Neugeschäft sprechen dafür, dass es trotz der Beruhigung der Märkte zu keiner deutlichen Lockerung der Kreditkonditionen in den Krisenländern gekommen ist. So blieb der Zinsabstand für Hypothekarkredite zwischen Deutschland und den übrigen Ländern in etwa gleich. Bei Krediten an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften vergrößerte sich der Abstand zwischen den Kreditkosten bei deutschen Banken einerseits, italienischen und spanischen Banken andererseits sogar leicht. Vor dem Hintergrund des nur sehr eingeschränkten Einfluss der Umlaufrenditen heimischer Staatsanleihen auf die marginalen Zinskosten der Banken lässt der Rückgang der Umlaufrenditen von Staatsanleihen der Krisenländer auch im Prognosezeitraum keinen wesentlichen konjunkturellen Impuls durch eine deutliche Ausweitung der Kreditvergabe erwarten (Kasten 2).

Auch der *Bank Lending Survey* der EZB zeigt, dass die Reduktion des Finanzmarktstresses nur schwerlich zu einer deutlichen Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität führen dürfte. So berichten die Banken von einer weiteren leichten Straffung der Vergabestandards. Bei der Kreditvergabe an Unternehmen sind insbesondere italienische Banken weiter vorsichtig. Von ihnen berichteten im vierten Quartal

Keine  
Lockerung der  
Kreditkonditionen  
in den  
Krisenländern

# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Schaubild 12**  
**Kreditvolumen und Kreditzinsen in Deutschland, Italien und Spanien**  
 2009 bis 2013



Nach Angaben der EZB.

12,5% von einer Verschärfung der Kreditvergabestandards, nachdem im dritten Quartal bereits 37,5% eine Verschärfung vorgenommen hatten. Daran dürfte sich auch wenig ändern: In ihrem Ausblick auf die nächsten drei Monate gehen per Saldo 37,5% der italienischen Banken von einer nochmaligen Verschärfung der Standards aus. Zum Vergleich: In Deutschland lag der entsprechende Wert bei 6,25%.

## 6. Zur Wirtschaftspolitik

### Kasten 2

#### Zum Einfluss von Umlaufrenditen von Staatsanleihen auf die Refinanzierungskosten der Banken

Zur Begründung der OMT argumentierte die EZB, Staatsanleihen des Heimatlandes seien von großer Bedeutung für die Refinanzierungskosten der Geschäftsbanken, da sie bei Anlageentscheidungen des privaten Sektors die Referenzverzinsung darstellten (EZB 2012: 7-12). Der Anstieg der Umlaufrenditen in der ersten Jahreshälfte müsste daher die Zinsen auf Einlagen bei Geschäftsbanken in den Krisenländern in die Höhe getrieben haben. Im Folgenden soll untersucht werden, wie die marginalen Zinskosten der Geschäftsbanken mit den Umlaufrenditen heimischer Staatsanleihen zusammenhängen. Dies soll die Frage zu beantworten, ob die seit Ankündigung der OMT gesunkenen Umlaufrenditen der Staatsanleihen der Krisenländer die Refinanzierungskosten der Geschäftsbanken tatsächlich verringert haben bzw. diese im Prognosezeitraum noch verringern werden.

Gegen eine herausragende Rolle heimischer Staatsanleihen für die Refinanzierungskosten der Banken spricht, dass private Anleger in den Krisenländern auch Anleihen anderer, mit geringeren Risiken bewerteter Staaten erwerben können. Insofern sollte im Euro-Raum ein einheitlicher risikoloser Zins gelten. Hinzu kommt, dass allen Geschäftsbanken unabhängig von ihrem Sitzland Haupt- bzw. längerfristige Refinanzierungsgeschäfte der EZB offen stehen und deren Verzinsung in der Währungsunion identisch ist.

Seit Juli 2012 sanken die Umlaufrenditen in den von der Staatsschuldenkrise am stärksten betroffenen Ländern deutlich. Die Rendite italienischer zehnjähriger Papiere sank bis Januar 2013 um 178 Basispunkte, die spanischer um 173 Basispunkte und die portugiesischer gar um 425 Basispunkte. In Deutschland hingegen stieg die Umlaufrendite um 27 Basispunkte.

Um die daraus resultierenden konjunkturellen Effekte einschätzen zu können, muss die Rolle von Staatsanleihen in der geldpolitischen Transmission geklärt werden. Sollten sich die Renditeerwartungen des privaten Sektors unabhängig von deren Risikobewertung an der Verzinsung heimischer Staatsanleihen orientieren, müssten aus deren Rückgang niedrigere Zinskosten der Geschäftsbanken und ein konjunktureller Impuls resultieren. Dient hingegen die sichere Anlage – repräsentiert durch die deutsche Staatsanleihe – als Referenz, dürften sich die Refinanzierungskosten der Geschäftsbanken zuletzt kaum verändert haben.

Ob solche Effekte vorliegen, soll anhand von Granger-Kausalität-Tests überprüft werden. Dazu verwendet wird das Verfahren von Sargent (1976). Hierbei wird die Gleichung geschätzt:

$$y_t = \alpha_0 + \sum_{n=1}^N a_1^n y_{t-n} + \sum_{m=m_0}^M a_2^m x_{t-m} + \varepsilon_t$$



## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

**Zum Einfluss ausgewählter Zinsen auf die Refinanzierungskosten von Banken**  
Granger-Kausalitätstest: Null-Hypothese: Referenzzins ist Nicht-Granger-Kausal für den Indikator der Refinanzierungskosten

Referenz- zins	Heimische Staatsanleihen		Deutsche Staats- anleihen		Übernacht- einlagen		Eonia		Europeo	
	Übernacht- einlagen		Übernacht- einlagen		Heimische Staatsanleihen		Übernacht- einlagen		Übernacht- einlagen	
	V	G	V	G	V	G	V	G	V	G
Spanien	3,82* (1,112)	0,10 (1,112)	10,23*** (1,112)	1,20 (1,111)	0,10 (1,116)	0,11 (1,116)	22,53*** (1,114)	8,29*** (1,113)	24,60*** (2,114)	4,45** (1,113)
Italien	2,17* (6,106)	<0,01 (1,105)	2,58** (6,106)	10,06*** (1,108)	0,22 (1,116)	0,56 (1,116)	16,14*** (6,105)	12,49*** (1,104)	17,20*** (1,105)	13,34*** (1,106)
Portugal	0,02 (1,112)	1,23 (1,112)	4,44** (2,111)	3,06* (1,112)	0,11 (1,112)	1,48 (1,112)	41,72*** (2,113)	13,14*** (1,112)	40,46*** (2,113)	16,15*** (1,112)
Griechen- land	0,01 (1,104)	0,20 (1,104)	5,53*** (2,101)	1,32 (1,100)	0,01 (1,114)	<0,01 (1,114)	11,34*** (9,99)	7,23*** (1,98)	10,57*** (9,99)	5,44** (1,98)
Irland	0,73 (1,108)	0,03 (1,108)	3,94** (1,108)	9,16*** (1,108)	0,06 (1,116)	0,14 (1,116)	11,59*** (1,108)	57,25*** (1,108)	10,41*** (2,107)	29,07*** (1,107)
Deutsch- land			11,43*** (1,114)	0,20 (1,113)	0,66 (1,116)	0,23 (1,116)	22,13*** (3,112)	44,88*** (1,109)	14,56*** (6,106)	25,74*** (1,112)

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat, EZB und EBF. V: Verzögert; G: Gleichzeitig. \*, \*\*, \*\*\* Null-Hypothese muss auf dem 10%, 5%, 1% Niveau verworfen werden. Angegeben sind die Werte der F-Statistik, in Klammern Zahl der Freiheitsgrade.

Eine Variable  $x$  ist danach Granger-kausal zu  $y$ , wenn die Variable  $x$  einen signifikanten Erklärungsgehalt für  $y$  liefert. Es kann zwischen gleichzeitiger ( $\alpha_2^0 \neq 0$  und verzögerter Kausalität ( $\alpha_2^0 = 0$ , es gibt ein  $m$  für das gilt:  $\alpha_2^m \neq 0$ ) unterschieden werden<sup>22</sup>.

Als Indikator der marginalen Zinskosten der Geschäftsbanken wurde die Verzinsung von Übernachteinlagen von Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften gewählt.<sup>23</sup> Als Referenzverzinsung heimischer Anlagen interpretieren wir die Umlaufrendite zehnjähriger Staatsanleihen des Heimatlandes als Verzinsung der sicheren Anlage die Umlaufrendite zehnjähriger deutscher Staatsanleihen sowie die Rendite besicherter und unbesicherter Übernachteinlagen am Geldmarkt. Da Zinsen in

<sup>22</sup> Die Anzahl der verzögerten Werte ( $N$  und  $M$ ) wird anhand des Schwartz-Information Kriteriums bestimmt, maximal werden je 12 verzögerte Werte berücksichtigt.

<sup>23</sup> Maßgeblich für diese Wahl war, dass Übernachteinlagen einen erheblichen Teil der Einlagen der Privaten bei Geschäftsbanken (im gesamten Währungsraum 43%) ausmachen. Außerdem spiegeln sie die marginalen Zinskosten gut wider, weil Zinsveränderungen aufgrund des täglichen Umschlags direkt auf die Refinanzierungskosten durchschlagen.

## 6. Zur Wirtschaftspolitik

*ihren Zeitreiheneigenschaften typischerweise nichtstationär sind, wird die Gleichung in ersten Differenzen geschätzt.<sup>24</sup>*

*Die Ergebnisse des Granger-Kausalitätstests zeigen, dass der Einfluss der Umlaufrenditen heimischer Staatsanleihen auf die marginalen Refinanzierungskosten der Geschäftsbanken in den Krisenländern begrenzt ist (Tabelle). Für keines der Länder kann die Hypothese, dass kein kausaler Zusammenhang besteht, auf dem 5%-Signifikanzniveau verworfen werden. Auch in umgekehrter Richtung kann kein signifikanter Zusammenhang gefunden werden.*

*Anders ist das Ergebnis bei Verwendung deutscher Staatsanleihen als Referenzzins. Deren zehnjährige Umlaufrendite liefert für alle untersuchten Länder einen signifikanten Erklärungsgehalt. Dies deutet darauf hin, dass für die Refinanzierungskosten der einheimischen Geschäftsbanken nicht länderspezifische Faktoren, sondern der risikolose Zins repräsentiert durch die Umlaufrendite deutscher Staatsanleihen maßgeblich ist. Dies zeigt auch die Analyse bei Berücksichtigung der Tagesgeldsätze am Geldmarkt.*

*Vor diesem Hintergrund scheint es unwahrscheinlich, dass der Rückgang der Umlaufrenditen auf Staatsanleihen in den Krisenländern kausal zu einem deutlichen Rückgang der Refinanzierungskosten der dortigen Geschäftsbanken und damit einem konjunkturellen Impuls geführt hat. Bei Tagesgeldsätzen an der Nullzinsschranke und deutschen Bundesanleihen auf historisch niedrigem Niveau scheint eine Senkung der Refinanzierungskosten nur von unkonventionellen Maßnahmen ausgehen zu können.*

Zwar erwarten wir, dass die Segmentierung am Geldmarkt im Prognosezeitraum abnehmen und sich die länderspezifische Differenzierung der Kreditbedingungen reduzieren wird. Hierdurch werden sich auch die Überschussliquidität im Bankensektor reduzieren und die Zinsen am Geldmarkt allmählich steigen. Die unkonventionellen Maßnahmen wird die EZB im Prognosezeitraum fortführen, um erneuten Stress am Finanzmarkt entgegenzuwirken.

Für die konventionelle Geldpolitik erwarten wir im Prognosezeitraum keine Veränderung. Zwar wird die Inflation in der kurzen Frist deutlich unter die 2%-Marke fallen. Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte sie jedoch wieder aufwärts gerichtet sein. Auch die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die in den vergangenen fünf Quartalen rückläufig war, wird sich zur Jahresmitte 2013 wieder leicht beleben und bis zum Ende des Prognosezeitraums wieder zunehmen, wenngleich nur moderat. Eine Erhöhung der Refinanzierungskosten der Banken in den Ländern mit Kapitalzuflüssen wird aus der allmählichen Annäherung des Geldmarktzinses an den

Vorerst keine  
Änderung der  
konventionellen  
Geldpolitik

<sup>24</sup> Alle Variablen wurden mittels ADF-Test auf Stationarität überprüft. Für keine der Zeitreihen konnte die Hypothese einer nicht stationären Reihe im Level nicht verworfen werden. In ersten Differenzen musste die Hypothese für alle Variablen auf dem 5%-Niveau verworfen werden.

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Leitzins resultieren, wohingegen die aktuellen Krisenländer, deren Refinanzierung in erheblichem Umfang bei der nationalen Zentralbank stattfindet, hiervon weniger betroffen sein werden.

### 6.2. Haushaltskonsolidierung trotz guter Finanzlage nicht abgeschlossen

Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich nach der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich entspannt. Nach gesamtstaatlichen Budgetdefiziten von 104 Mrd. € im Jahr 2010 und von 20 Mrd. € im Jahr 2011 konnte im vergangenen Jahr ein Überschuss von 4 Mrd. € erzielt werden. Dieser fiel bei den Sozialversicherungen und den Gemeinden an, während der Bund und die Länder insgesamt weiterhin Defizite aufwiesen. Da die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten nahezu ausgelastet waren, waren deren Fehlbeträge überwiegend strukturell bedingt, was auf einen weiterhin bestehenden Konsolidierungsbedarf hindeutet.

Für den Prognosezeitraum ist eine weitere Besserung der finanzwirtschaftlichen Lage zu erwarten. Zwar dürfte sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo im laufenden Jahr aufgrund der Konjunkturdelle und der nachlassenden Konsolidierungsanstrengungen verschlechtern (-6 Mrd. €). Wegen der im laufenden Jahr einsetzenden konjunkturellen Erholung ist aber bereits für 2014 mit einem Überschuss von 10 Mrd. € zu rechnen. Dabei dürften sich die Überschüsse der Sozialversicherungen – auch bedingt durch die Kürzung der Bundeszuschüsse – deutlich verringern, während die Defizite der Gebietskörperschaften abgebaut werden.

Die aktuellen und die zu erwartenden Überschüsse verdecken aber die wirkliche Haushaltslage. Der aktuelle Abbau des staatlichen Budgetdefizits ist nämlich zu einem nicht unwesentlichen Teil Sonderfaktoren zu verdanken, die mittelfristig keinen Bestand haben dürften. Zum einen profitieren die öffentlichen Haushalte von dem historisch niedrigen Zinsniveau, zum anderen von dem inflationsbedingten Hineinwachsen der Steuerpflichtigen in höhere Progressionszonen (kalte Progression). Darüber hinaus erfolgte der Defizitabbau auch zu Lasten der öffentlichen Investitionen, die seit nahezu einem Jahrzehnt geringer waren als die Abschreibungen. Das Nettovermögen des Staates wurde mithin reduziert, was nicht nachhaltig ist. Schließlich ist Deutschland im Rahmen der Bankenrettung und der Hilfen für andere Länder des Euro-Raums Risiken eingegangen, die die öffentlichen Haushalte künftig belasten könnten.

Wie groß die Entlastung durch die niedrigen Zinsen war, lässt sich daran ablesen, dass trotz einer gegenüber 2007 um mehr als 500 Mrd. € gestiegenen Staatsverschuldung die Zinsausgaben des Staates im vergangenen Jahr um 3,5 Mrd. € nied-

Abbau des  
Budgetdefizits  
wesentlich  
Sonderfaktoren  
zu verdanken

## 6. Zur Wirtschaftspolitik

---

riger waren als damals. In diesem Zeitraum ging die Umlaufrendite 10-jähriger deutscher Staatspapiere von 4,2% auf 1,5% zurück.<sup>25</sup> Da langlaufende Titel nur sukzessive umgeschlagen werden, ist die Durchschnittsverzinsung allerdings nicht in gleichem Maße gefallen. Bei unveränderter durchschnittlicher Verzinsung des Jahres 2007 hätte sich aber im Jahr 2012 eine um überschlägig 28 Mrd. € höhere Zinsbelastung ergeben. Wenn sich die Lage im Euro-Raum wieder normalisiert und das Zinsniveau steigt, ist also mit einem merklich höheren Zinsaufwand zu rechnen.

Die „heimlichen Steuererhöhungen“ resultieren daraus, dass die Eckwerte des Einkommensteuertarifs, die Grundfreibeträge, die persönlichen Freibeträge und die Abzugsbeträge bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens nominal festgesetzt sind und nicht regelmäßig an die Preissteigerungen angepasst werden. Damit wachsen schon bei einem inflationsbedingten Einkommenszuwachs immer mehr Steuerzahler in Tarifzonen mit höheren Grenzsteuersätzen hinein, ohne dass aus diesen Einkommenssteigerungen auf eine höhere Leistungsfähigkeit geschlossen werden darf. Soll dem Prinzip entsprochen werden, wonach die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit die Höhe der Besteuerung bestimmt, dann sind regelmäßige Anpassungen der Einkommensgrenzen des Einkommensteuertarifs an die Inflation geboten (SVR 2011: Ziffern 344–363).

---

Weiterhin  
heimliche  
Steuererhöhungen

---

Seit den Anpassungen beim Einkommensteuertarif im Jahr 2010 hat sich das Verbraucherpreisniveau um rund 4,5% erhöht. Daraus resultierten Mehreinnahmen aufgrund der kalten Progression in Höhe von knapp 8 Mrd. € im Jahr 2012. Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung sollte diese rein inflationsbedingte Steuerbelastung vermieden werden.<sup>26</sup> Der Entwurf fand allerdings im Bundesrat keine Mehrheit, der im Vermittlungsausschuss ausgehandelte Kompromiss sieht lediglich eine Anhebung des Grundfreibetrages vor, um das verfassungsrechtlich garantierte Existenzminimum steuerfrei zu stellen. Die von 2010 bis 2012 entstandenen Belastungen aus der kalten Progression werden somit nicht ausgeglichen, die entstandenen Mehreinnahmen werden vielmehr zur Haushaltskonsolidierung genutzt. Im Jahr

---

25 Zum Teil ist der Renditerückgang darauf zurückzuführen, dass Deutschland seit Beginn der europäischen Staatsschuldenkrise bei Kapitalanlegern als „sicherer Hafen“ gilt und deshalb seine Staatstitel verstärkt nachgefragt werden (Boysen-Hogrefe 2012; Broyer et al. 2012).

26 Der Gesetzentwurf sah vor, den Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer und die Einkommensgrenzen der Tarifzonen – mit Ausnahme des Eingangseinkommens für die zweite Proportionalzone (Reichensteuer) – in den Jahren 2013/2014 nach Maßgabe des Anstiegs der Verbraucherpreise zwischen 2010 und 2012 anzuheben, um „dem Effekt entgegenzuwirken, dass der Staat zulasten der Steuerpflichtigen inflationsbedingte Mehreinnahmen erhält. Ziel ist es, zu verhindern, dass Lohnerhöhungen, die lediglich die Inflation ausgleichen, zu einem höheren Durchschnittssteuersatz führen“ (Bundesrat-Drucksache 84/711).

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

2014 werden sich die seit 2011 aufgelaufenen progressionsbedingten Mehreinnahmen auf rund 14 Mrd. € belaufen.

Der Finanzierungssaldo des Staates gibt keine Auskunft über das Ausmaß der Haushaltsrisiken, die in den vergangenen Jahren durch Maßnahmen zur Stabilisierung des Bankensektors und im Zusammenhang mit Hilfen an Länder des Euro-Raums eingegangen wurden. Diese erscheinen bisher überwiegend im Schuldenstand des Staates, der inzwischen auf mehr als 80% in Relation zum BIP gestiegen ist. Quantitativ am wichtigsten ist die Übertragung umfangreicher Portfolios der Hypo Real Estate und der WestLB auf die zum Staatssektor zählenden Abwicklungsanstalten. Da diesen Verbindlichkeiten auch Forderungen gegenüberstehen, beeinflussen sie den Finanzierungssaldo des Staates nicht; lediglich in Fällen, in denen die Portfolios zu einem Preis übertragen wurden, der über dem Marktpreis liegt, wurden kleinere Beträge defizitwirksam gebucht (vgl. dazu Döhrn/Gebhardt 2013). Ähnlich verhält es sich mit den Hilfen im Rahmen europäischer Rettungspakete, denen ebenfalls Forderungen gegenüberstehen und die deshalb das Budgetdefizit des Staates bisher kaum beeinflussten. Allerdings ist weder sicher, dass die von den Abwicklungsanstalten gehaltenen Papiere den erwarteten Erlös erbringen, noch dass alle Forderungen von Ländern des Euro-Raums bedient werden. Sollten größere Forderungen ausfallen, würde dies den Finanzierungssaldo des Staates schlagartig verschlechtern.

Hohe Haushaltsrisiken durch Bankenrettung und Hilfen an Euro-Länder

Diese Risiken fallen überwiegend beim Bund an, zu einem kleineren Teil auch bei den Ländern. Der Bund entlastet seinen Haushalt durch die Reduktion der Zuschüsse an einzelne Sozialversicherungszweige in diesem Jahr um rund 5 Mrd. € und im kommenden um knapp 3 Mrd. €, während die Sozialversicherungen entsprechend belastet werden. Durch diese Verschiebungen zwischen den staatlichen Ebenen wird das gesamtstaatliche Defizit allerdings nicht verringert, also kein gesamtstaatlicher Konsolidierungsfortschritt erzielt.

Bund kürzt Zuschüsse an Sozialversicherungen

Dass die Bundeszuschüsse an die Sozialversicherungen gekürzt werden, ist grundsätzlich problematisch. Aus ordnungspolitischer Sicht sollten solche Zuschüsse gewährt werden, um versicherungsfremde Leistungen zu finanzieren. An deren Umfang gemessen sind die Zuschüsse insbesondere an die gesetzliche Rentenversicherung und die gesetzliche Krankenversicherung aber sogar zu gering bemessen (SVR 2012: Kasten 14; KBI 2012). Bei der Bundesagentur für Arbeit werden künftig sogar alle bei ihr verbliebenen versicherungsfremden Leistungen (wie z. B. der Kinderzuschlag beim Arbeitslosengeld oder die nach dem Alter differenzierte maximale Bezugsdauer von Arbeitslosengeld) vollständig aus lohnbezogenen Beiträgen finanziert (Deutsche Bundesbank 2012: 75f.). Durch die Kürzungen wird dieser Teil der Konsolidierung des Bundeshaushalts auf die sozialversicherungspflichtig

## 6. Zur Wirtschaftspolitik

---

Beschäftigten beschränkt, während z.B. Selbständige und Beamte außen vor bleiben. Die Finanzierung von versicherungsfremden Leistungen ist aber eine gesamtstaatliche Aufgabe, zu der alle Steuerpflichtigen herangezogen werden sollten. Um dies sicherzustellen, sollten finanzpolitische Verschiebepunkte künftig vermieden und die Vergabe der Bundeszuschüsse an eindeutig definierten versicherungsfremden Ausgaben ausgerichtet werden.

Es gibt also eine Reihe von Faktoren, die einen weiteren Konsolidierungsbedarf begründen. Dennoch weckte die komfortabel erscheinende Haushaltslage Begehrlichkeiten, denen vielfach nachgegeben wurde. Als Folge davon wurde – wie aufgeführt – eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, ohne diese durch Ausgabeneinsparungen an anderer Stelle zu finanzieren. Auch wenn aufgrund der induzierten gesamtwirtschaftlichen Impulse mit gewissen Selbstfinanzierungseffekten gerechnet werden kann, verzögern die beschlossenen Maßnahmen die angestrebte Haushaltskonsolidierung. Konjunkturbedingte Mehreinnahmen und Minderausgaben sind kein Ersatz für strukturelle Anpassungen, da sie nur temporär anfallen und mit den in wirtschaftlichen Schwächephase anfallenden konjunkturbedingten Fehlbeiträgen verrechnet werden müssen, um einen zyklischen Budgetausgleich zu garantieren.

Zum Abbau des strukturellen Defizits sollte die Bundesregierung den Abbau von Steuervergünstigungen und Finanzhilfen vorantreiben. Hier ist seit Umsetzung der ersten Maßnahmen der Koch-Steinbrück-Liste nichts mehr geschehen; im Gegenteil, es wurden neue Subventionssachverhalte geschaffen wie die Umsatzsteuerermäßigung für Beherbergungsleistungen, die Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen oder die Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Da Subventionen überwiegend ineffizient sind (Fifo et al. 2009), aber letztlich über (verzerrende) Steuern finanziert werden müssen, würden Einsparungen bestehende Allokationsverzerrungen in diesem Bereich beseitigen und die Wachstumskräfte stärken. Daher bietet es sich – wie von uns wiederholt gefordert – an, die offenen Posten der Koch-Steinbrück-Liste abzarbeiten (Koch und Steinbrück 2003). Hier beläuft sich der Spielraum auf eine Größenordnung von mehr als 60 Mrd. € (GD 2009: 72-73). Zudem sollten die Steuerbefreiung von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit und die Umsatzsteuersatzermäßigung für Beherbergungsleistungen gestrichen werden. Bei einem umfassenden Abbau von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen könnten sich sogar budgetäre Spielräume eröffnen, um wachstumsfördernde Maßnahmen, wie den Abbau der kalten Progression oder die Aufstockung investiver Ausgaben, umzusetzen.

Die wirtschaftspolitische Diskussion läuft aber derzeit in eine andere Richtung. Gefordert werden zur Sicherung der staatlichen Einnahmebasis und zur Gewähr-

---

Spielraum  
für Subventions-  
kürzungen noch  
nicht ausgeschöpft

---

# Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Steuererhöhungen  
schädlich  
für Wachstum

leistung eines handlungsfähigen Staates u.a. eine verteilungspolitisch motivierte Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer und die Wiedererhebung der Vermögensteuer (Beck 2012). Höhere Einkommensteuern würden die Leistungsanreize schmälern und damit das Wachstum dämpfen. Die Besteuerung von Vermögenswerten führt zu einer nochmaligen steuerlichen Belastung von bereits besteuertem Einkommen. Im deutschen Steuersystem werden solche „Doppelbelastungen“ zwar nicht grundsätzlich ausgeschlossen – immerhin werden auch verschiedene Formen von Kapitalerträgen besteuert, – der steuerlichen Belastung des Einkommens (und damit des Eigentums) hat das Bundesverfassungsgericht aber Grenzen gesetzt. Aus ökonomischer Sicht liegt es zudem auf der Hand, dass die Ausweichreaktionen der Besteuerten auf verschiedene Steuern umso intensiver ausfallen, je stärker der gesamte steuerliche Zugriff auf das Einkommen bzw. das in verschiedenen Formen gehaltene Eigentum ist (RWI 2012). Insofern ist von diesen Steuererhöhungen abzuraten, zumal bedacht werden muss, dass angesichts des demographischen Wandels mittel- und langfristig höhere Sozialversicherungsbeiträge unvermeidlich sind und damit die Abgabenlast ohnehin steigen wird.

Steuererhöhungen sind zudem nicht erforderlich, denn eine strukturelle Einnahmelücke lässt sich in Deutschland nicht feststellen. Das Steueraufkommen wird nach der aktuellen Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzungen in den kommenden Jahren vielmehr rascher steigen als das BIP (Gebhardt 2012).

## Literatur

BA – Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2012), Methodenbericht der Statistik. Beschäftigungsstatistik – Umstellung der Erhebungsinhalte bei den Merkmalen „ausgeübte Tätigkeit“ (Beruf), „Arbeitszeit“ und „Ausbildung“. Nürnberg.

Beck, K. (2012), Erklärung von Ministerpräsident Kurt Beck (Rheinland-Pfalz) zu den Punkten 1 a) bis c) der Tagesordnung; Bundesrat, 900. Sitzung (Stenografischer Bericht), Berlin, 21. September 2012.

BMF – Bundesministerium der Finanzen (2012), Mittelfristige Projektion der öffentlichen Finanzen. Monatsbericht des BMF August 2012.

BMF – Bundesministerium der Finanzen (2013), Europäische Finanzhilfen im Überblick (Stand: 28. Februar 2013).

Boysen-Hogrefe, J. (2012), Die Zinslast des Bundes in der Schuldenkrise: Wie lukrativ ist der „sichere Hafen“? *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 13: 81–91.

Broyer, C., A.-K. Petersen und R. Schneider (2012), Auswirkungen der Eurokrise auf die deutsche Wirtschaft. Allianz-Group Working Paper 154. München.

Bundesrat (2011), Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Abbau der kalten Progression. Drucksache 847/11. Berlin.

## 6. Zur Wirtschaftspolitik

---

Dechent, J. (2008), Häuserpreisindex- Projektfortschritt und erste Ergebnisse für bestehende Wohngebäude. *Wirtschaft und Statistik* 2008 (1): 69-81.

Deutsche Bundesbank (2012), Monatsbericht November 2012, 64 (11), Frankfurt am Main.

Döhrn, R., G. Barabas, H. Gebhardt, H. Münch, G. Schäfer, T. Schmidt, H. Starke (2007), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung setzt sich fort. *RWI Konjunkturbericht* 58 (1): 27-76.

Döhrn, R., G. Barabas, H. Gebhardt, T. Kitlinski, M. Micheli, T. Schmidt, S. Vosen, L. Zimmermann (2010), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Expansion gewinnt nur langsam an Fahrt. *RWI Konjunkturbericht* 61 (1): 37-96.

Döhrn, R., P. an de Meulen, G. Barabas, H. Gebhardt, T. Kitlinski, M. Micheli, T. Schmidt, S. Vosen, L. Zimmermann (2011a), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Zunehmende Risiken für die Konjunktur. *RWI Konjunkturbericht* 62 (2): 41-88.

Döhrn, R., G. Barabas, H. Gebhardt, T. Kitlinski, M. Micheli, T. Schmidt und L. Zimmermann (2011b), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Feste Konjunktur in unsicherem Umfeld. *RWI Konjunkturbericht* 62 (1): 39-94.

Döhrn, R., G. Barabas, H. Gebhardt, T. Kitlinski, M. Micheli, T. Schmidt, S. Vosen und L. Zwick (2012), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Gedämpfte Expansion bei hohen Risiken. *RWI Konjunkturbericht* 63 (2): 41-92.

Döhrn, R. und H. Gebhardt (2013), Die fiskalischen Kosten der Finanz und Wirtschaftskrise. IBES Diskussionsbeitrag 198. Universität Duisburg-Essen, Essen.

EZB - Europäische Zentralbank (2012), Monatsbericht September 2012: 7-12 , Frankfurt am Main.

Fifo, CE, ZEW - Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut, Copenhagen Economics und Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (2009), Evaluierung von Steuervergünstigungen. Köln, Copenhagen, Mannheim.

GD - Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2009), Zögerliche Erholung - steigende Staatsschulden. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2009, Essen.

Gebhardt, H. (2012), Steuerschätzung 2012 bis 2017: günstige Aufkommensperspektiven. *Wirtschaftsdienst* 92 (12): 809-814.

Heilemann, U. (2004), Besser geht's nicht- Genauigkeitsgrenzen von Konjunkturprognosen. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 224: 51-64.

IAB - Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.)(2012), Der Aufwärtstrend flacht sich ab. IAB-Kurzbericht 3/2012. Nürnberg.

KBI - Karl-Bräuer Institut des Bundes der Steuerzahler (2012), Scheinkonsolidierung des Bundes zulasten der Sozialversicherung. KBI kompakt Nr. 14, Berlin.

Koch, R. und P. Steinbrück (2003), Subventionsabbau im Konsens - Der Vorschlag der Ministerpräsidenten Roland Koch und Peer Steinbrück, Wiesbaden und Düsseldorf.

RWI (2012), Stellungnahme: Auf Bundesratsinitiative zur Erhebung einer Vermögensteuer verzichten - Landesregierung soll weitere Steuererhöhungen unterlassen. RWI Projektberichte, Essen.



## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

---

Sargent, T.J. (1976), The Observational Equivalence of Natural and Unnatural Rate Theories of Macroeconomics. *Journal of Political Economy* 84(3): 631-640.

SVR - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2011), Verantwortung für Europa wahrnehmen. Jahresgutachten 2011/2012. Wiesbaden.

SVR- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2012), Stabile Architektur für Europa - Handlungsbedarf im Inland. Jahresgutachten 2012/2013. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2011), 2012 Erneuter Bevölkerungsanstieg erwartet. Pressemitteilung vom 14. Januar 2013 - 13/13.

## Anhang: Sektorkonten

### Anhang

#### Hauptaggregate der Sektoren

2012; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2 365	1 569	245	550	-
2 - Abschreibungen	399	229	46	125	-
3 = Nettowertschöpfung	1 965	1 341	199	425	- 152
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 376	966	203	206	11
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	19	10	0	9	-
6 + Empf. s. Subventionen	23	21	0	2	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	594	386	- 4	211	- 162
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 377	-	-	1 377	9
9 - Gel. Subventionen	24	-	24	-	6
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	298	-	298	-	6
11 - Gel. Vermögenseinkommen	881	768	65	48	189
12 + Empf. Vermögenseinkommen	931	481	24	427	138
13 = Primäreinkommen	2 296	98	230	1 967	- 203
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	316	69	-	247	5
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	320	-	320	-	0
16 - Gel. Sozialbeiträge	538	-	-	538	3
17 + Empf. Sozialbeiträge	539	90	449	1	2
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	485	54	431	1	0
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	479	-	-	479	7
20 - Gel. s. lauf. Transfers	203	77	56	70	6
21 + Empf. s. lauf. Transfers	170	77	18	75	39
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 262	66	530	1 666	- 169
23 - Konsumausgaben	2 037	-	515	1 522	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 31	-	31	-
25 = Sparen	225	35	15	175	- 169
26 - Gel. Vermögenstransfers	40	6	28	6	4
27 + Empf. Vermögenstransfers	39	17	10	12	5
28 - Bruttoinvestitionen	455	252	40	164	-
29 + Abschreibungen	399	229	46	125	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	-	0	- 1	1	-
31 = Finanzierungssaldo	167	22	4	141	- 167
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 262	66	530	1 666	- 169
33 + Saldo sozialer Sachtransfers	-	-	-327	327	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 262	66	203	1 994	- 169

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

## Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

### Hauptaggregate der Sektoren

2013; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2 418	1 609	252	557	-
2 - Abschreibungen	408	232	47	129	-
3 = Nettowertschöpfung	2 010	1 377	205	428	- 156
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 414	999	208	207	11
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	20	10	0	9	-
6 + Empf. s. Subventionen	23	21	0	2	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	598	388	- 3	214	- 167
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 416	-	-	1 416	9
9 - Gel. Subventionen	24	-	24	-	6
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	302	-	302	-	6
11 - Gel. Vermögenseinkommen	904	791	65	48	190
12 + Empf. Vermögenseinkommen	955	497	25	432	139
13 = Primäreinkommen	2 343	95	235	2 014	- 207
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	320	66	-	254	5
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	325	-	325	-	0
16 - Gel. Sozialbeiträge	545	-	-	545	3
17 + Empf. Sozialbeiträge	546	91	455	1	2
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	491	52	438	1	0
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	485	-	-	485	7
20 - Gel. s. lauf. Transfers	209	79	59	71	6
21 + Empf. s. lauf. Transfers	174	85	18	71	40
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 308	73	536	1 700	- 172
23 - Konsumausgaben	2 089	-	535	1 554	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 33	-	33	-
25 = Sparen	219	40	0	179	- 172
26 - Gel. Vermögenstransfers	37	6	24	7	4
27 + Empf. Vermögenstransfers	35	14	10	12	5
28 - Bruttoinvestitionen	456	246	41	169	-
29 + Abschreibungen	408	232	47	129	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	-	0	- 1	1	-
31 = Finanzierungssaldo	170	33	- 6	143	- 170
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 308	73	536	1 700	- 172
33 + Saldo sozialer Sachtransfers	-	-	-343	343	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 308	73	193	2 043	- 172

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

## Anhang: Sektorkonten

### Hauptaggregate der Sektoren

2014; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2 513	1 685	260	568	-
2 - Abschreibungen	418	236	49	133	-
3 = Nettowertschöpfung	2 095	1 449	211	435	- 171
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 462	1 039	215	208	11
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	21	11	0	10	-
6 + Empf. s. Subventionen	23	21	0	2	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	635	420	- 3	218	- 182
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 464	-	-	1 464	9
9 - Gel. Subventionen	24	-	24	-	6
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	311	-	311	-	7
11 - Gel. Vermögenseinkommen	932	820	65	48	198
12 + Empf. Vermögenseinkommen	983	514	25	444	148
13 = Primäreinkommen	2 437	114	244	2 078	- 222
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	342	78	-	263	5
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	347	-	347	-	0
16 - Gel. Sozialbeiträge	561	-	-	561	3
17 + Empf. Sozialbeiträge	562	94	468	1	2
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	498	51	447	1	0
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	492	-	-	492	7
20 - Gel. s. lauf. Transfers	212	82	59	71	6
21 + Empf. s. lauf. Transfers	176	87	18	71	42
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 401	84	571	1 746	- 186
23 - Konsumausgaben	2 151	-	554	1 597	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 35	-	35	-
25 = Sparen	249	49	17	184	- 186
26 - Gel. Vermögenstransfers	37	6	24	7	4
27 + Empf. Vermögenstransfers	35	13	10	12	5
28 - Bruttoinvestitionen	481	259	43	179	-
29 + Abschreibungen	418	236	49	133	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	-	0	- 1	1	-
31 = Finanzierungssaldo	184	32	10	142	- 184
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 401	84	571	1 746	- 186
33 + Saldo sozialer Sachtransfers	-	-	-355	355	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 401	84	571	1 746	- 186

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes